

# Volksblatt

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volksblatt" erscheint mit täglichen Belagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ vordiebstlicher Verbände. Schriftleitung: G. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschluß: Nr. 24605, 24607, 26605. Persönliche Anstufung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Zustellungsgebühr. Insgesamt 2,10 RM. für Arbeiter mindestens 0,45 RM. Postbezugspreis 2,10 RM. durch Postboten angeteilt 2,50 RM. Bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelnenpreis 13 Pf. im Umkleen- und 80 Pf. im Restanteil der Wählkarte. Hauptgeschäftsstelle: G. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24607, 26605. Postfachkonto 20319 Erfurt.

# Die Berliner Republikaner im Reiche voran! / Massen marschieren gegen Hitler Eisern die Front - Eisern der Wille! „Wir wollen nicht das Dritte - wir wollen das Reich“ / Zerschlagt das Hakenkreuz!

Am Sonntagmorgen marschierte in Berlin zum erstenmal die Eisene Front geschlossen auf. Für fünf Uhr nachmittags war der Beginn der gewaltigen Kundgebung im Sportplatz vorgesehen, kurz nach drei Uhr nachmittags waren die verfügbaren Plätze schon besetzt. Frei war nur noch der Raum, der für die Fahnenkommission und die Abordnungen des Reichsbanners, der Sammelgruppen und der Arbeiterportier bereitgehalten worden war. Zehntausende von Republikanern drängten sich in den Straßen vor dem Sportplatz, ohne hineinzukommen. Eine solche Kundgebung hat auch Berlin noch nicht erlebt. Drinnen und draußen spürte man den Willen der kämpftätigsten Massen.

### die sich nicht einer faschistischen Diktatur beugen würden

und Gut und Blut daransetzen, ihre Freiheit in der Republik zu verteidigen.

Eine Stunde vor Beginn der Kundgebung erschien der Reichstagspräsident Cöbe, von stürmischen Hoch- und Freilicht-Rufen begrüßt. Aus allen Ecken des Reichs waren die Gauführer des Reichsbanners gekommen, um den stürmischen Aufruf der Berliner Republikaner mitzuerleben. Sie sahen, wie sie im Reiche voran marschieren und wie sie sich von keiner Rot nicht beugen lassen.

### Nicht erdenklicher Beifall erdruhte, als Hunderte von Fahnenträgern

die Fahnen in ihren Händen in den weiten Raum trugen. Hier entfachte sich die Kraft der Arbeiterklasse, die die roten und schwarz-rotgoldenen Fahnen zu verteidigen entschlossen sind. Eisern die Front — eisern der Wille! Das war der Geist, der die Massen befeuerte. Und als in wenigen Augenblicken der weite Raum gefüllt war, der den drei gewaltigen Säulen der Eisernen Front

### dreier gewaltigen Säulen der Eisernen Front

festgehalten worden war — dem Reichsbanner, den Gewerkschaften aus den Betrieben und den Arbeiterportieren — da gab es des stürmischen Rufens und Jubelns fast kein Ende.

### Eisern die Front — eisern der Wille! Die Deutsche Republik ist erwascht — von dieser Kundgebung in der Reichshauptstadt muß der Wille zum Kampf und zur Abwehr ins ganze Land krähen.

Schüler an Schulleisten standen hier die Reichsbannerkameraden in ihren Uniformen, die Angehörigen, die Sportler in ihren Sportanzügen — eine farbenprächtige Masse, die zum Kampfe entschlossen ist.

### Eine Masse, die heranrollt,

unaufhörlich, ununterbrochen — die sich nicht die Rechte nehmen läßt, auch nicht von Adolf Hitler, die sie in jahrelanger Kämpfe erzungen, sie läßt sich nicht die Freiheit nehmen, für ihre Ideale weiterzukämpfen, denn sie hat lange vor dem Kriege schon gekämpft, als Hitler auch schon tief Verständnis hatte für den Kampf der Arbeiterklasse, als er, als einfacher Arbeiter, ein erbärmlicher Verehrer an der Arbeiterklasse war, denn er hat nie mitgekämpft in den Reihen unserer Väter.

### er fiel ihnen in den Rücken

als sie mühevoll und unter harten Opfern für die Arbeiterfreiheit kämpften. Wie kann auch nur ein Arbeiter diesem Hitler nachsehen, der vernichten will, was die Klassenbewußten Arbeiter in langen Ringen erdämpften?

Nun, Hitler wird zeigen, wenn er die gewaltige Macht der wieder erwachenden deutschen Arbeiter zu spüren bekommt. Wir werden ihm die Massen, die von ihm irrezugeführt wurden, wieder entreißen, denn das Interesse der deutschen Arbeiter kann nur von der Deutschen Sozialdemokratie, von den Gewerkschaften, von den Sportlern, von der Deutschen Republik wahrgenommen werden.

Die ganze Kundgebung im Sportplatz nahm einen prächtigen Verlauf. Stellung der Gauführer des Berliner Reichsbanners, begrüßte die Massen, die sie in jahrelanger Kämpfe erzungen, sie läßt sich nicht die Freiheit nehmen, für ihre Ideale weiterzukämpfen, denn sie hat lange vor dem Kriege schon gekämpft, als Hitler auch schon tief Verständnis hatte für den Kampf der Arbeiterklasse, als er, als einfacher Arbeiter, ein erbärmlicher Verehrer an der Arbeiterklasse war, denn er hat nie mitgekämpft in den Reihen unserer Väter.

Mag Barthel, der Dichter der Arbeiter und der Republik, sprach Worte, die mächtig zündeten. Seine Worte waren ein einziges Kampfgelächter, dem die Massen gern und freudig folgten. Er sagte das schicksalliche Treiben an und ließ sein Gefühl in diesen Worten: „Wir wollen nicht das Dritte — wir wollen das Reich!“ In diesen Worten liegt das Befehnis zur Freiheit, zum Kampfe — das Ziel ist klar!

Crispien, einer der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten von Berlin, der mit dem Reichstagspräsidenten Cöbe und den anderen Berliner Reichstags- und Landtagsabgeordneten an der Spitze der drei eisernten Säulen mit aufmarschiert war, um so die Verbundenheit mit den kämpfenden Massen zu zeigen, machte die Massen zum Kampfe. Diktatur ist Krieg, denn Hitlers Wort, daß das „Schwert noch immer zuletzt entscheide“, ist nicht vergessen. Wir wollen keine Diktatur, denn Diktatur ist Verbrechen. Diktatur ist nur möglich, wenn sich die Menschen schänden und knechten lassen — aber auch das wollen wir nicht. Wir wollen den großen, herrlichen Ziel des Völkerverfriedens dienen, für den Sozialismus kämpfen und die schicksallichen Ziele zerschlagen. Die Massen nahmen die Worte ebenfalls mit stürmischen Beifall auf.

Für die Demokratischen Kräfte sprach Ebert vom Bundesvorsitz des ADGB. Nazis haben keine Achtung vor Arbeiterparteilichkeit. Sie wissen nicht, daß die Kräfte zusammenhalten müssen, wenn sie leben wollen. Bezahle Agitatoren führen der Arbeiterklasse vor, die „Arbeiterpartei“ Hitlers sei das Heil. Aber wir werden alles daransetzen, den Einbruch in die Front der Gewerkschaften zu verhindern. Bis heute hat sich Hitler hier die Zähne ausgeißelt, er wird es auch künftig tun. Die Träume Sitters und Goebbels werden wir zerschlagen. In diesem Sinne sprach Ebert, immer wieder von Beifall unterbrochen. Sein Schlußwort wurde begeistert aufgenommen: Der Faschismus wird nie und nimmer über die

deutsche Arbeiterklasse triumphieren. Ebert von den Reichsportieren legte ein Befehnis zum gemeinsamen Kampfe ab: Mit der Geburt der Arbeiterpartei hat es jetzt ein Ende. Sie sind ein Refere herausgetreten, um den Hitler-Banden zu zeigen, daß sie sich nicht terrorisieren lassen.

Als letzter Redner sprach der Führer des Reichsbanners, Höpfermann. Er wurde mit stürmischen Freilicht begrüßt, und seine Worte fanden die zwanzigtausend Menschen, die den Raum füllten. Wie einbrausend war seine Frage an die Reichsbannerkameraden: Wer von euch ist arbeitslos? Tausende von Händen hoben in die Luft, um diese Frage zu beantworten. Auch in Berlin zeigte sich, daß die Menschen für Recht und Freiheit zu kämpfen gewillt sind. Höpfermann sagte weiter: Trübsal, Vorkämpe, wir lassen uns nicht die Rechte rauben. Wir werden Hitler und Fried niederringen, wenn sie noch so sehr mit den langen Messern drohen.

Warum buhlet der Staat dieses Treiben? Warum will er nicht, daß wir seine Farben zeigen und verteidigen? Ein Staat, der sich so verhält, gibt sich selbst auf. Richter und Verwaltung müssen im Sinne der Republik geführt werden. Das Unrecht darf nicht länger geduldet werden.

Als stürmische Rufe aus den Massen antwortete Höpfermann am Schluß: Wenn ihr wollt, dann ist der Hitler-Spuk schon morgen zu Ende. Wartet den Tag ab, dann brauchen wir Hitler nicht abzusagen, dann braucht er selbst eine blaue Pfeife. Unser Kampf will die Erfüllung der Weimarer Verfassung. Er will die Vernichtung der Versailleschande. Her zur Eisernen Front! (Stürmischer Beifall und nicht erdenkliches Freilicht)

Die Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall. Auch der Wettermarck erfolgte ohne Störung.

# An die deutsche Jugend

## Hinein in die Eisene Front

Die Reichskampftätigkeit der Eisernen Front hat aufgerufen zum Kampf für die bedrohte Freiheit des deutschen Volkes und für die Erfüllung der Verheißungen in der Verfassung von Weimar. Jeder Klassenkampf und alle Diktaturpläne tritt die geschiessene Kampffront des republikanisch und freiheitlich gesinnten Volkes entgegen.

In dieser Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äußere Freiheit, für Frieden und allgemeine Wüchsigkeit liegt auch die Jugend. In diesem Kampf gegen Bürgerkrieg und Diktatur entscheidet sich das Schicksal der Jugend, von jenem Ausgang hängt die Zukunft der jungen Generation unseres Volkes ab.

Die Gegner der Demokratie und der Republik behaupten, die Mehrheit und der aktive Teil der deutschen Jugend stünden in ihren Reihen. Das ist nicht wahr! In unseren Organisationen stehen hunderte tausende junger Menschen, die sich begeistert zu den Zielen und Parolen der Eisernen Front bekennen. Wir haben bisher dem Geschrei der anderen unsere jäh, praktische Arbeit entgegengesetzt. Jetzt aber wollen wir, die „Junge Front“, einmünden in die Eisene Front.

Wir rufen die Jugend unserer Verbände, wir rufen die vordrängende freiheitlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, das heißt, daß wir an allen Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, am Arbeitsplatz, auf den Stempel-

stellen, in den Berufsschulen, unter der Jugend werden für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele unter uns können noch nicht als aktive Mitglieder in die Organisationen der Eisernen Front eingereiht werden; aber es ist keine Jugend, daß er nicht zum Arbeiter für die Ideen der Eisernen Front werden kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begreiflich zu machen, daß ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Wenn die Kampfeleitungen der Eisernen Front ruhen, um in öffentlichen Kundgebungen Ziel und Inhalt ihres Kampfes zum Ausdruck zu bringen, dann wird die Junge Front zur Stelle sein. Wir legen dem Vernichtungswillen der Gegner unsere Einheit entgegen. Wo es um die Freiheit und das Leben der arbeitenden Jugend geht, sind wir eins im Willen und Handeln.

- Für die Jugend der freien Gewerkschaften: Walter Maschke
- Für die Jugend der Arbeiterportierverbände: Freilicht Bildung
- Für die Sozialistische Arbeiterjugend: Erich Dillenbauer
- Für die Jugend des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“: Arthur Pape

# Keine chinesische Kriegserklärung an Japan Waffenstillstand im Fernen Osten? Friedenshoffnungen...

Die japanische Reichsregierung hat aus Tokio die Mitteilung bekommen, daß japanische und chinesische Militärs mit dem englischen Generalstabschef in Schanghai zusammengekommen sind, um gemeinsam über den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes zu ver-

handeln. Die Verhandlungen wurden nach am Sonntagmorgen aufgenommen. Am Schluß der Verhandlungen wurde öffentlich bekanntgemacht, daß der Waffenstillstand fortzuauern soll. Ob er nun wirksam wird, ist noch nicht abzusehen. Voraussichtlich werden die Japaner immer neue Vorwände, gegen die Chinesen vorzugehen.

# Die neue Schere

## Die Preisfentung bleibt hinter der Lohnfentung zurüd

Wie das Reichstatistische Amt mitteilt, hat sich der Preisindex im Januar, dem ersten Monat nach der Notenerhebung des B. Devisenkurses von 130,4 auf 124,5 gefentert. Ohne Zweifel entspricht diese Fentung nicht dem borgenommenen Schwund. Die Preisfentung hat mit der Lohnfentung nicht Schritt gehalten.

Ueber die Entwicklung des Index teilt das Statistische Reichsamts folgendes mit: „Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung, Befriedigung und sonstigen Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931; der Rückgang beträgt somit 4,5 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt.“

Am 12. Dezember 1931 richtete der Reichsstatistiker einen Brief an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, den Genossen Wels, in dem es hieß:

„Die sozialistische Verbundtheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht überlegbare Umstände eintreten, die diese Beziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade um eine unerträgliche Schumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden, wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten werden kann.“

Die Veröffentlichung des Reichstatistikers Amts über die Preisbewegung sollte die Reichsregierung zu ernsthafter Prüfung der Frage veranlassen, ob diese neue Lage nicht bereits gegeben ist!

# Demokratie und Abrüstung!

## Toni Sender spricht vor Tausenden in Paris

Paris, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die Sozialistische Partei und der Allgemeine Gewerkschaftsbund (CGT.) veranstalteten am Freitagabend im Zappaal eine internationale Kundgebung für Frieden und Abrüstung, die einen glänzenden Verlauf nahm und einen maßvollen Einbruch von dem Friedenwilligen der sozialistischen Arbeiterklasse hinterließ.

Über 10.000 Menschen füllten stehend den Saal. Nach einer kurzen Begrüßung des Pariser Parteivorstandes sprach zuerst Hg. Renaudel

die Arbeiterklasse zum Kampf für den Frieden und die Abrüstung auf und brandmarte den Nationalismus. Er schloß mit den Worten: „Der Sozialismus wird den Weltfrieden schaffen.“ Die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete

Toni Sender.

mit härtestem Beifall begrüßt, sprach französisch. Sie trat für die völlige Abrüstung ein. Die Abrüstung Deutschlands kann nur als der erste Akt der allgemeinen Abrüstung betrachtet werden. Man muß den Krieg vergessen und alle Nationen nach gleichem Maß behandeln. Die deutschen Forderungen seien noch lange nicht das ganze

Deutschland. Auch in der schwersten Not läßt sich die deutsche Arbeiterklasse nicht einschüchtern, sie bildet jetzt die mächtige Eisene Front, die entschlossen ist, wenn nötig auch unter Einsatz des Lebens für die Republik und den Frieden zu kämpfen. (Lobender Beifall.) Das beste Mittel gegen die schädliche Gefahr ist der internationale Kampf für den europäischen Frieden, und der wichtigste Schritt dazu ist die deutsch-französische Verständigung.

Nachdem Toni Sender im Namen der deutschen Sozialdemokratie Gen Bium für seine in der Kammer gefällte Forderung auf internationale Unterdrückung über die Reparationsleistungen und Paul Faure für seine Vortragsreise durch Deutschland dankt hatte, schloß sie mit den Worten:

Nieder der Haß zwischen den Völkern. Es lebe die internationale Solidarität! Sanganhaltende stürmische Ovationen bekrönten die Rednerin. Die Versammlung rief: „Es lebe der Friede. Wir wollen die Abrüstung!“

Weitere Reden hielten Joubert, der frühere englische Botschafter Lord Shaw, Banderide sowie Paul Faure und Gen Bium. Gen Bium schloß mit den Worten: „Es wird keinen neuen Krieg geben, denn die Wille der Arbeiter wird sich ihm widersetzen und den Weltfrieden erzwingen.“ Unter dem Gesang der Internationale schloß die Kundgebung.

# Aktivität!

## Der Bundesrat des Reichsbanners zur Eisernen Front

Einer Sitzung des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die am Freitagabend mittig im Breußischen Landtag stattfand, folgte Sonnabendvormittag die Tagung des Bundesrats. Zu Beginn der Tagung, die aus fünfzehn bis Seuen sehr feindlich war, sprach der gefühlsfähige Bundesvorsitzende Hiltmann über den in Braunschweig am 10. März erfolgten Sanktionsrat Meier, wobei er unter Hinweis auf die von Riegas angeordneten unzulässigen Polizeimaßnahmen bei der Befestigung betonte: „Man murren nicht, daß große Teile der Staatsmänner nicht gegenüberstehen. Dabei sehen die Staatsmänner nicht zu, wie die Jugend, die sich zum Staate bekennt, erschlagen wird.“

Das Hauptreferat hielt Hiltmann über die Eisernen Front. Innerhalb von knapp drei Wochen ist die Bewegung mit elementarer Gewalt gewachsen. Die Parole der Eisernen Front, deren Wesen und Aufgabe Hiltmann eingehend darlegte, hat im Saale gelinde und die republikanischen Kräfte zu unerbittlicher Aktivität entfesselt. Diese Aktivität wird in den großen Kundgebungen der Eisernen Front, die am 21. Februar in ganz Deutschland stattfanden, einen ersten Höhepunkt finden.

Nach einem Bericht der auf der letzten Bundesratsversammlung eingesetzten Kontrollkommission, der die gesunde Grundlage der Bundesfinanzungen feststellte, wurden in eingehender Aussprache alle organisatorischen und sonstigen erforderlichen Maßnahmen erörtert und dabei in allen Fragen Leberegünstigung erzielt.

# Reichsgericht!

## Jugenberg freigesprochen — Er darf ungestraft den Vorwurf der Wahlfälschung erheben

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Sonnabend die Revision Jugenbergs in seinem bekannten Falschbeweisprozeß verhandelt. Jugenberg hatte am 31. Oktober 1929 einen Artikel veröffentlicht, der zum Volksbegehren gegen den Young-Plan bemerkte: „Einmal, was die Organe des Reichsinnenministeriums beim Volksbegehren herausrechnen“, und „hoffentlich wird inzwischen nicht allgäuher retuschiert.“ Wegen dieser offenkundigen Verdächtigung der Wahlfälschung gegen das Innenministerium war Jugenberg zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Zur Verhandlung waren zahlreiche Teilnehmer eines studentischen Kolleges erschienen. Vor dieser Zuversicht hielt der Vertreter der Reichsanwaltschaft Gutjahr zunächst eine politische Rede im Sinne deutscher nationaler Agitation, wobei er behauptete, die Zeit habe erwiesen, daß Jugenberg damals politisch recht gehabt habe. Zur Anklage behauptete er, daß dem Urteil der Reichsanwaltschaft ein Denkfehler zugrunde liege; denn die Annahme, daß alle Beamten fälschlich sein würden, das Wahlergebnis zu fälschen, bezwecke an seiner gegen das Volkgesetz verstoßenden Auslegung.

Das Gericht sprach Jugenberg frei mit folgender Begründung:

„Allgemeine Erfahrungsregeln und Auslegungsregeln gehören zu dem der Rechtsprechung durch die Revisionsinstanz unterliegenden Gebiet. Vor allem tritt die Wahrung allgemeiner Erfahrungsregeln darin hervor, daß das Urteil der Revisionsinstanz schlüssig und ohne nähere Erklärung behauptet, die Angriffe bezögen sich auf alle an der Ermittlung des Wahlergebnisses beteiligten Beamten. Eine derartige Auslegung ist nicht möglich. Nach richtiger Auslegung kann Jugenberg nur besonders verbitierte, also ins Unfassbare gerückte Kreise, gemeint haben. Eine Zurückweisung zwecks weiterer Auffassung bedarf es nicht.“

Was die Frage der Anwendung des § 193 betrifft, so ist zu bedenken, daß die Verurteilung des Angeklagten nicht dem eigenen Interesse, sondern dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten dienen sollten.“

Jugenberg hat gemußt, auf wen er gezielt hat: auf das Reichsinnenministerium. Das Reichsgericht meint: auf ins Unfassbare gerückte Kreise. Jugenberg hat den Vorwurf der Wahlfälschung erheben — das Reichsgericht meint: im Interesse der Allgemeinheit.

Darf künftig jeder Mann nach einer Wahl den Vorwurf erheben: „Hoffentlich wird inzwischen nicht allgäuher retuschiert“, wird das Reichsgericht jedermann zulassen, daß er damit im Interesse der Allgemeinheit handle, und dabei stillschweigend die Voraussetzung aufkommen lassen, daß in Deutschland retuschiert werde?

# Die Arbeit des Preisfentungskommissars

## Er denkt nicht daran, zurückzutreten

Der Preisfentungskommissar Dr. Goerbeier teilt mit, daß er nicht beabsichtigt, zurückzutreten. Ein Berliner Blatt hatte fälschlich veröffentlicht, daß er im 15. Februar von seinem Posten zurücktreten wolle. Eine derartige Erklärung habe der Preisfentungskommissar niemals abgegeben.

In einer besonderen Erklärung an die Presse teilt Dr. Goerbeier ferner mit, daß er von seinen bisherigen Erfolgen in der Preisfentung noch nicht befriedigt sei und weiter daran arbeiten werde, der Preisfentungsaktion zum vollen Erfolg zu verhelfen.

# Warum Bedauern?

## Nachspiel zum Briefwechsel Selbte-Hiltler

Die „Tägliche Rundschau“ hat sich mit der Veröffentlichung des Briefwechsels Selbte-Hiltler unzuweilhaft ein Verdienst erworben. Unbekennt hat sie am Freitag, als sie den Briefwechsel veröffentlicht, mutiger als am Sonnabend; denn am Sonnabend veröffentlichte sie die folgende Erklärung:

„Zu dem getrennten veröffentlichten Briefwechsel Selbte-Hiltler möchte die Schriftleitung erklären, daß der Ausdruck ohne Wissen und Einverständnis des Herausgebers erfolgt ist. Da die Veröffentlichung von dem Herausgeber nicht genehmigt wird, steht die politische Schriftleitung nicht an, ihrerseits den Ausdruck zu bedauern. In der politischen Bewertung dieser Angelegenheit besteht zwischen Herausgeber und Schriftleitung kein Meinungsunterschied.“

Herausgeber ist Herr Gustav Hüller vom Christlich-Sozialen Volksdienst. Was ist geschehen, hat die Redaktion am Sonnabend bedauert, was sie am Freitag getan hat?

# Böfischer Beobachter verboten

## Grund: Norddröhrungen

Das Münchener Hitler-Blatt ist am Sonnabend vom Münchener Polizeipräsidenten auf acht Tage verboten worden. Veranlassung dazu gaben Artikel des Blattes, in denen der Reichsstatistiker, die preußische Regierung und der preußischen Innenminister böswillig beschimpft und verächtlich gemacht werden. Außerdem wird das Verbot damit begründet, daß der „Böfische Beobachter“ diejenigen an Leib und Leben bedroht, die dem Nationalsozialismus als Gegner gegenüberstehen.

# Vom Sterben der Volkspartei

## Scharfmacherabmarsch zu Hiltler

Der frühere Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei, Oberst A. von Gilla, ist aus der Volkspartei ausgesprochen. Gilla wird sich entweder dem Deutschen Nationalen oder den Nationalsozialisten anschließen. Es ist zu erwarten, daß sich ein großer Teil der Volksparteiler des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West dem Vorgehen v. Gillas anschließen werden. Insofern steht die Deutsche Volkspartei vor einer neuen Krise.

Mit dem Austritt von Gilla aus der Volkspartei wird der Auflösungsprozeß, in dem sich dieses Zweiteilungsmitglied nunmehr reits seit langer Zeit befindet, weiter beschleunigt. Bisher sind Herrn Dingeldey aus dem Ruhrgebiet immerhin noch gewisse Mittel zugegangen, die nach der Flucht v. Gillas völlig ausbleiben werden. Das bedeutet für die Volkspartei, die Gilmädern von ihren Mitgliedern überhaupt nicht aufzumeilen hat, einen besonders heftigen Schlag.

# Borghheimer Verleumder

## Die Verdächtigkeiten gegen Minister Leuschner zerplatzt

Darmstadt, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die heftigen Nationalsozialistischen hatten nach ihrem Wahlerfolg mit Hilfe der Kommunisten die Einsetzung eines Unterauschießes gegen den sozialdemokratischen Innenminister Leuschner und gegen Ministerialdirektor Neuroth durchgesetzt. Der Ausschuß sollte „Verleumdungen“ des Ministers nachweisen, die in der Bestimmung der Justiz und in der Unterhaltung von „Spionen“ bei Gericht festzulegen haben sollten. Die Nationalsozialisten vermochten für diese Behauptungen jedoch nicht einen einzigen Beweis zu erbringen. Infolge dessen hielten sie bei der Abstimmung ab. Die Angelegenheit wurde deshalb als „uneredigbar“ an das Plenum des Landtages zurückverwiesen.

Es ist die alte Methode der Nazis: Erst verleumden sie wochenlang und wenn es dann gilt, ihre Behauptungen zu beweisen, dann treten sie über sie hinweg, wie jetzt wieder im heftigen Landtag, als elende Verleumder entlarvt.

# Bei Klages entscheidet das Parteibuch

## Braunschweig, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Klagminister Klages hat durch den Staatskommissar von Stadtdorf, der an Stelle der Braunschweigischen Stadtverordnetenversammlung die Amtsgeschäfte führt, den Stadtpetitor A. D. Pieperstedt zum Bürgermeister von Stadtdorf ernannt. Pieperstedt gehört der NSDAP an. Er wurde wegen seiner Hepppropaganda für die Hitler-Partei aus den städtischen Diensten in Düren im Rheinland entlassen und hat jetzt einen Unterschlupf im Bunde Braunschweig gefunden. Auch in diesem Falle hat also das Parteibuch wieder entschieden!

# Das Ende des Leoparden

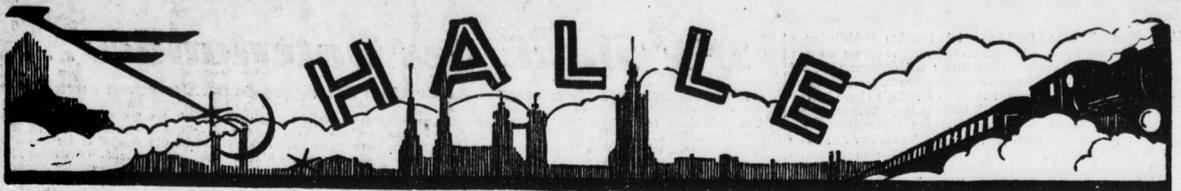
## Vom Zoo-Sachverständigen im Beisein der Polizei erschossen

Die Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten, den Leoparden, den am Freitagvormittag in der Kaiserallee ein zweijähriges Kind getötet hatte, zu erschlagen, wurde am Sonnabendnachmittag durchgeführt, aber erst nach Verwindung zahlreicher Schwierigkeiten.

Der Dompteur Walldorf vom Vergnügungspark Fortuna in der Belle-Alliance-Straße, der nach dem traurigen Vorfall in der Kaiserallee das Tier erworben und im Einverständnis mit der Polizei in einem Käfigwagen in dem Vergnügungspark untergebracht hatte, erob gegen die Erschlagung Einspruch. Er weigerte sich, die eiserne Klappe, die die Gittereise des Käfigs verschloß, zu öffnen und betonte dabei, daß das Tier sich in einem vorchriftsmäßigen Wagen befände und auch von dem zuständigen Polizeiveterinär als gesund anerkannt sei. Die Polizei sah sich dem Polizeipräsidenten auszuliefern. Man hielt es aber doch für richtig, zunächst die Hilfe des Zoologischen Gartens in Anspruch zu nehmen. Der Vertreter des zur Zeit von Berlin abwesenden Dr. Zugstedt begleitete zusammen mit dem alten Raubtierwärter Döflein die Polizeibeamten auf ihren ausdrücklichen Wunsch zum Fortuna-Park, wo inzwischen die entsprechenden polizeilichen Vorkehrungen getroffen worden waren. Da der Dompteur bei seiner

Weigerung, die mit einem Vorhängegeschloß besetzte Gittertür zu öffnen, blieb, mußten die Polizeibeamten unter Aufsicht des Raubtierwärters, der dafür sorgte, daß keine Unvorsichtigkeiten passierten, die Gitterklappe aufbrechen und im Schilde der Laternen sich man, friedlich in sein Stroh gefüllt, den Lebensanbittern. Das Tier blieb ruhig liegen, als Döflein mit einer Stange das Stroh beiseite schob, um das Schußfeld freizumachen. Dann endlich, gegen 1/2 Uhr abends, war es soweit. Der Sachverständige des Zoo trat mit einem Polizeiarabier an das Gitter, ein Schuß knallte, ein leises Knurren ertönte, dann trat die Klappe und war tot. Eiderheltshalter wurde noch ein zweiter Schuß abgegeben, und damit war dann die Aktion beendet und das Politkommmando, dessen Anwesenheit vor dem Vergnügungspark eine große Menschenansammlung zur Folge hatte, tonnt abdrücken.

Der Vater von Döflein wurde gestern nach Abschluß seiner eingehenden Vernehmung im Polizeipräsidium festgenommen und wird dem Vernehmungsrichter wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung vorgeführt. Das Verfahren gegen ihn dürfte sich hauptsächlich auf die Tatsache stützen, daß der Vater schon seinerzeit durch den Straßenschild des Zoologischen Gartens hinreichend darüber unterrichtet war, daß er ein Raubtier nicht in seiner Wohnung fassen durfte und daß er für alle etwaigen Schäden, die das Tier anrichtete, haftbar gemacht werden konnte.



# Theater um das Stadttheater

### Festschmäulekrieg bürgerlicher Lokal- und Kunstpatrioten - Gebt Gratisvorstellungen für Arbeitslose im Stadttheater!

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hatten bekanntlich vor einiger Zeit die Meldung gebracht, daß die Theaterverhandlungen zwischen Halle und Leipzig vor dem Abbruch ständen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen sei, daß die Oper beim hällischen Stadttheater ab nächsten Winter aufgelöst und dafür die hällischen Stadttheater spielen sollte. Ueber diese Frage war nun in letzter Zeit ein heftige Festschmäulekriege zwischen der bürgerlichen Presse Halles und Leipzigs entbrannt. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß von einem

Abbruch der Verhandlungen zur Zeit noch gar keine Rede sein kann. In Halle haben jedenfalls der Magistrat und die aufstrebende Deputation und erst recht nicht die Stadtverordnetenversammlung zu der Frage irgendwelche Stellung genommen. Aber auch die Vorverhandlungen zwischen den Delegierten der beiden Städte haben bisher kein abschließendes Ergebnis gehabt.

Bei der bekannten Finanzsalamiart Halles ist allerdings damit zu rechnen, daß bei den diesjährigen Ortsabstimmungen im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung wieder Anträge gestellt werden, die eine weitere Kürzung des hällischen Zuschusses für das Stadttheater betreffen. Der Zuschuß war im vorigen Jahre auf 378 000 M. festgesetzt, um die Wendeherum, die in diesem Jahre notwendig wäre, um beim Stadttheater Halle die eigene Oper und Operette zu erhalten, würde 350 000 M. betragen. Bei den vielen Kundgebungen, die nun in letzter Zeit in Halle von Seiten der bürgerlichen Presse und bürgerlicher Organisationen losgelassen wurden für die Beibehaltung einer eigenen Oper und Operette in Halle, ist immerhin die Feststellung äußerst interessant, daß die Sparanträge für Kürzung des Theateretats in Halle bisher immer von bürgerlichen Stadtverordneten gestellt wurden.

Das ist der auffällige Widerspruch im Verhalten der bürgerlichen Kommunalpolitiker Halles: Sie schwingen große Töne für Erhaltung der eigenen Oper „im Interesse der künstlerischen Eigenkultur Halles“, aber Geld wollen sie für diesen Zweck nicht bewilligen.

Für die Sozialdemokratie spielt künstlerischer Sozialpatriotismus bei Lösung dieser Frage keine Rolle wie bei verschiedenen

bürgerlichen Kommunalgrößen. Sie lehnt auch ganz strikt die Einstellung bürgerlicher Kreise ab, die da erklären haben: Gewir Hallen in unserem Stadttheater die Leipziger Oper spielen lassen, verzichten wir lieber auf die ganze Opernkunst. Das ist eine kunstfeindliche Einstellung, wie sie eben nur spießbürgerlichen Sozialpatrioten eigen ist.

Wie die Dinge zur Zeit liegen, werden Halles Magistrat und Stadtverordnete aber sehr eingehend prüfen müssen, ob durch Verpflichtung der Leipziger Oper für Halle und dem sich dabei ergebenden Abbruch beim hällischen Theaterzuschuß eine tatsächliche und bedeutende Ersparnis für Halle ergibt.

Abgesehen von der Einbuße, die das Kunstleben Halles

durch Fortfall der eigenen Oper erleiden würde, ist zu bedenken, daß der Abbruch beim Theateretat durchaus nicht die gleiche Ersparnis im Gesamtetat der Stadt bringen würde.

Darüber haben wir kürzlich ausführliches Zahlenmaterial veröffentlicht. Eine Verpachtung des Stadttheaters an einen Privatunternehmer, wie sie auch in manchen bürgerlichen Kreisen erwogen wird, lehnt die Sozialdemokratie ab. Eine städtische Bühne soll nicht ausschließlich Geschäftstheater, sondern in erster Linie auch Volksschulbildungsinstitut sein. Von diesem Gesichtspunkt aus wäre es wünschenswert, wenn man auch von Seiten des Stadttheaters Halle fünfzig

Gratis-Vorstellungen für Arbeitslose veranstalten würde. Für die Volksgenossen, die heute Monate oder häufig auch Jahre schon erwerbslos sind, und sich keine Ausgaben für künstlerische Unterhaltung leisten können, wären solche Veranstaltungen eine ganz sozialen und kulturellen Gründen begrüßenswerte Tat. Was man in anderen Städten mit Erfolg durchgeführt hat, sollte schließlich auch in Halle möglich sein.

# Krisenerscheinungen in der NSDAP.

### Die Rolle der Naziproleten in der SA. - Vorentscheid der Nazis an den hällischen Geschäftsleuten

Wie aus der Angst heraus, an dem jähen Schlimm ihrer Parteideologie, in dem sich die größten Klassengegnerschaften haben, zu erklären, führen die Nazis in ihrem Meinungsdruck gegenwärtig einen tragomischen Kampf gegen all und jeden innerhalb und außerhalb ihrer Bewegung. Dieser tragomische Kampf gleicht dem Kampf Don Quichottes gegen die Windmühlensüßler. An die „Arbeiterpartei“ glaubt heute weder das Mitglied, noch das Reichsmitglied der NSDAP. Anstatt sich nun wenigstens an das Bürgertum zu halten, drischt man auch noch auf die Feinde ein. So erklärte beispielsweise erst kürzlich Graf Wewernitz in seinem „Merkblatt“. „Die Nationalsozialisten erblicken im Bürgertum, wie es in Deutschland ist und sein will, etwas, was verschwinden muß, zum Untergang reif ist!“ Wie sich dieses Bekenntnis auswirkt, zeigen die sich bauernd steigenden Meinungsverschiedenheiten mit den Deutschnationalen, die Ueberfälle von Nazis auf Stahlhelmheime usw.

### So geht es den Proleten bei den Nazis

Aus einer zuverlässigen Quelle erfahren wir, daß man in der letzten internen Sitzung der NS-Führer vom Gau Halle-Merseburg den Beschluß gefaßt hat, auch in Halle in Zukunft den Kampf nicht nur gegen die marxistischen Verbände auf das schärfste fortzuführen, sondern

den Kampf auch auf die nationalen Verbände, wie Stahlhelm, Wehrwolf auszuwehnen.

Während die verführten jungen Proleten in der SA diesen Beschluß mit Freuden begrüßt haben, versuchen die reaktionären Kreise in der SA, diesen Beschluß umwickeln zu machen. Da die Führer von Stahlhelm und Wehrwolf sich eben geschlossen haben, dem Angriff zu begegnen, kann man sich in nächster Zeit auf allerhand Zärtlichkeiten unter den nationalen Brüdern gefaßt machen.

Die Meinungsverschiedenheiten in der SA haben sich so weit gesteigert, daß Führer proletarischer Herkunft sich in einer geheimen Sitzung zusammenfanden, um darüber zu beraten, was bei dem drohenden Verrat der Führer für Maßnahmen zu ergreifen sind. Der reaktionäre Teil wehrt sich, indem er unter Heranziehung niedriger Gründe versucht, die Proleten in der SA, aus der Partei herauszuwerfen.

Wie dann einzelne Mitglieder behandelt werden, können wir aus dem folgenden Fall ersehen: Ein SA-Mitglied, das nach Abkündigung einer Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung — während von einem politischen Zusammenstoß, zu dem ihn keine Führer angepöbelte hatten — sich wieder bei der hällischen SA meldete, wurde wegen Nichtzahlung der Mitgliedsbeiträge (in der fraglichen Zeit verfuhr er die Strafe) aus der Partei ausgeschlossen und seinem Schicksal überlassen. Trotz Witten, um eine Aussprache zu gewähren, wurde er mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Führer mit Arbeit überlastet wären und daher keine Zeit haben, sich mit ihm zu befassen. Als dieser SA-Mann zufällig im Wirtshaus den Sturmabteilungsführer der SA, Schäfer, in Gesellschaft eines Mädchens traf und ihn um eine Unterredung bat, wurde sie ihm rüdenweg verweigert. Da der SA-Mann etwas deutlicher wurde und auch auf der Gegenseite nicht mit Ausdrücken gequält wurde, kam es schließlich zu Zärtlichkeiten, bei der Schäfer nicht die Heckenrolle spielte.

So verfährt man mit den Mitgliedern proletarischer Herkunft in Hitlers „Arbeiterpartei“.

### Und so geht es „Bürgerlichen“ bei den Nazis

Der Kampf der Nazis richtet sich jedoch nicht nur gegen die nationalen Konkurrenz-Wehrverbände, sondern auch gegen alle nationalsozialistischen Parteien von Dugenberg bis Drenzig. Gerade die Ortsgruppe Halle der Wirtschaftspartei, deren Vorsitzender Rechtsanwalt Starke erst leghin in der „Haus- und Grundbesitzerzeitung“ der NSDAP devot darlegte, daß er sich immer um ein „Zusammenarbeiten“ seiner Partei und der NSDAP bemüht habe, erhebt jetzt zum Dank dafür eine Kampfanzeige an den Kopf geworfen, die sich gemahnen hat. Der Reichstagsabgeordnete Dreher (Ulm) erklärte nämlich kürzlich in einer öffentlichen Versammlung in Halle, daß man der Wirtschaftspartei härtesten Kampf anjagen müsse, weil ihr einziges Streben dahin ginge,

„Die Brötchen noch kleiner und die Preise noch höher zu machen.“ Die Wirtschaftspartei hat nun ihrerseits dem „Nazi-Sozial-Pad“, wie sie sich ausdrückt, „Kampf bis aufs Blut“ angejagt.

Sehen einerseits selbst Parteien, wie die durch und durch im nationalsozialistischen Fahrwasser folgende Wirtschaftspartei die Demagogie der Nazis ein, so gibt es andererseits gerade unter den kleinen Geschäftleuten noch genug, die trotz aller schillernen Erklärungen der Nazis immer wieder auf den Heim krieden. Das

### Bermerkunt liegt über die Theate

Die hällischen Sozialarbeiter wählen eine Krisenbewältigung der Aufmerksam Richtung mit über Zweidrittelmehrheit.

Die gestern im „Volkspart“ stattgefundene Generalversammlung der Sozialarbeiter war eine gründliche Arbeitung mit den NS-Strategen. Ihre hochtrabenden Reden von den kommenden großen Dingen quittierten die Sozialarbeiter mit einem mitteilbaren Achseln. Nicht ein Gewerkschaftler hielt es für notwendig, auf ihre schon so oft heruntergelesenen Reden überhaupt einzugehen. Um so gründlicher war jedoch ihre Antwort bei der Abstimmung über die Wahl der Ortsverwaltung.

Nicht ein Kommunist wurde gewählt.

Wollmann, der von Ammendorf herbeigeleitet war, um die Situation zu retten, wurde sehr kleinlaut; er konnte einfach nicht verstehen, daß es auch in Halle aus ist, mit „Politikern“ seines Schlages. Mit großer Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der „Klassenkampf“ sich als Mittelungsblatt der Unternehmer betätigt. Vertrauliche Dinge aus dem Berufsleben bringt man in den „Klassenkampf“ und liefert damit dem Unternehmerum billiges Agitationsmaterial. Die Generalversammlung hat ihr Urteil über diese Sorte Gewerkschaftler gesprochen: Wir brauchen dem nichts zugufügen.

Der Jahresbericht der Ortsverwaltung ergab trotz der großen Wirtschaftskrise noch immer ein erfreuliches Bild. Die Organisation hat allen Anstufen landgehalten.

# VOLK entscheide dich! Aufstiege oder Katastrophe?

Darüber spricht am Freitag, dem 5. Februar, 20 Uhr, im „Volkspart“ in einer öffentlichen Kundgebung Reichstags-Abgeordneter

Arthur Arzt (Dresden)

Massenbesuch erwartet

## Die Eiserne Front!



# Immer mehr JUNO Freunde

DANK JHRER QUALITÄT UND PREISWÜRDIGKEIT 6 Stück 20<sup>8</sup>







**Im 6. Bezirk:**

**Ortsrivalen im Kampf Götte aus dem Leipziger Bezirk**

**Fußball:**  
**Sichte Halle I — Blau-Weiß I 5:3 (2:1).**  
Einen spannenden Kampf lieferten sich beide Ortsrivalen bei gleichzeitigen Leistungen. Durch die Entschlossenheit der Sichte fürmer kam obiges Resultat zustande. Handlung und fair wurde das Spiel ausgetragen. Es fand guten Anklang bei den Zuschauern.  
**Sichte Halle II — Blau-Weiß II 1:1 (1:1).**  
Sichte obsiegt über erstes Spiel.

**Rauborf bei Werburg I — Sichte Ammenhof I 2:0 (1:0).**  
Von Anfang an wurde das Spiel äußerst flott durchgeführt. Rauborf war im Zusammenpiel nicht schlechter, jedoch die gute Hintermannschaft von Bornitz machte jedweden Erfolg gänzlich.

**Delitz a. B. I — Rauborf bei Werburg I 4:3.**  
Die Vorhau botte recht. Der Glücklichere wurde Sieger.  
**John Großhans I — Vergrühn I 1:5 (0:4).**  
Die Götte aus der Zeiger Gegend waren sehr spielfreudig. Vergrühn spielte äußerst flott und verstand auch Tore zu schießen. In der zweiten Spielhälfte kam Ragna fast zum Durchbruch verlor.

**John Großhans II — Vergrühn II 2:2 (0:2).**  
Es war ein lebhafter Kampf. B. war in der ersten Spielhälfte überlegen und lag klar in Front. Durch gutes Zusammenpiel konnte John bis zum Abschluß noch ein Unentschieden retten.

**Rüssen I — Döllig I 2:2 (1:1).**  
Ein Kampf zweier gleichwertiger Gegner, so daß das Unentschieden durchaus gerecht ist. Die Götte aus dem Leipziger Bezirk entsaßten am besten.

**Rüssen II — Webau I 0:3 (0:5).**  
Hier hatte Rüssen nicht viel zu bestellen. Die Götte waren von Anfang an tonangebend.

**Rüssen III — Webau II 2:4 (0:2).**  
Auch in diesem Spiel waren die Götte aus dem Leipziger Bezirk leicht überlegen und ließen bestanden.

**Rüssen Schiller — Vergrühn Schiller 4:0.**  
**Fußball:**  
**John Teufenthal I — Bessenhof I 7:0 (3:0).**  
Wie die Vorhau voraussetzte, kam es. I. war auf eigenem

Platz nicht zu schlagen. Außerdem war die Mannschaft noch ungestellt, was sich durchaus zum Vorteil benutzte. Die Bessenhofer konnten gegen die gute Hintermannschaft der Schwarz-Gelben nicht viel ausrichten. Das Spiel war flott und fair.

**John Teufenthal II — Bessenhof II 6:4 (3:0).**  
Die Schwarz konnten sich am Anfang schlecht zusammenfinden. B. setzte durch ihre verstärkte Mittelfeld gute Angriffe ein, bis jedoch am Ende aufmerksamer Hintermannschaft zuerst scheiterten. Dann konnte B. in der zweiten Hälfte bis 4:4 ausgleichen. In der Schlußminute fiel das Siegestor für Teufenthal.

**Freie Schwimmer Halle I — Naturfreunde Göb I 3:8 (1:4).**  
Der Reuling war im Zusammenpiel und der Abwehrarbeit nicht schlecht. Die Spielerfahrung und der nötige Lohwurf jedoch fehlten. Die Wanderer waren technisch überlegen. Flott und äußerst fair wurde das Spiel durchgeführt.

**Rüssen I — Schwimmer Ammenhof I 1:2 (0:1).**  
Recht knapp konnten die sonst spielfreudigen Schwimmer den Platz als Sieger verlassen.

**Döllig II — Regatta-Club Halle II 2:6 (1:2).**  
Ein jederzeit hartes Spiel. Der Weg war noch stark durch das vorhergehende Schwimmer beinträchtigt. Durch großen Eifer hielt Döllig bis Halbzeit das Spiel offen. Erst in der zweiten Spielhälfte ließen sich die Götte durch besseres Abwehrspiel durch.

**Reudorf II — Schwimmer Ammenhof II 5:5 (1:1).**  
Hier zeigten zwei gleichwertige Gegner ein hartes Spiel. Problem der Schwimmer: durch Spieler der I. Mannschaft verhärtet waren, konnten die Grünhufen das Spiel unentschieden gestalten.

**Luis I — Döllig I 5:7 (2:3).**  
Beide Kämpfer äußert nahe um den Sieg. Nachdem es Luis gelungen war, mit zwei Toren in Vorhau zu gehen, schlug Döllig ein letztes Tor ein, als es, auch und ließ sich die Führung nicht mehr nehmen.

**Waldenitz II — Stenden II 0:14 (0:6).**  
Waldenitz absolvierte ihr erstes Spiel. Stenden hatte acht Mann Erfolg vor der I. Elf.

**Waldenitz I — Stenden I 3:5.**  
Hier behielt die Vorhau nicht recht, die Blau-Gelben mußten sich den technisch besseren Stenden beugen. Das Spiel wurde ziemlich hart durchgeführt und litt unter dem Schiedsrichter.

**Der Bitterfelder Bezirksmeister unterliegt gegen Delitzsch**

**Fußball:**  
**Delitzsch I — VfL Solzweißig I 3:2 (1:0)**  
Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf. Solzweißig war die technisch bessere Mannschaft und verlor unbedeutend. Delitzsch konnte sich nur in der ersten Spielhälfte behaupten und das Spiel unentschieden gestalten. Die zweite Spielhälfte brachte vollständig überlegenes Spiel der VfL'er, troßten endlich die wenigen Durchwürfe von Delitzsch infolge ihres Ertrags und der Schnelligkeit mit Erfolg. Unberiesig sorgte Delitzschs vielschichtige Verteidigung für weniger Gefährden ihres Gegners. Der Schiedsrichter leitete nicht immer zufriedenstellend.

**Delitzsch II — VfL II 1:5 (0:4).**  
Hier gemanen VfL'er und Schnelligkeit.  
**Delitzsch Jgd. — VfL Jgd. 2:1.**

**Brehna I — Reichig I 5:4 (3:3).**  
Im Reichlich vorwiegend in der zweiten Spielhälfte, war Reichig fast vollständig überlegen. Troßten gelang es Brehna durch gut gelangene Durchwürfe, das Spiel knapp für sich zu entscheiden. Während Reichigs Stärke im Sturm zu finden war, lag Brehnas Stärke in der Hintermannschaft. Ein Unentschieden wäre nach geredeter gewesen. Etwas mehr Ruhe beim Spiel wäre ebenfalls bei einigen Spielern angebracht, vor allen Dingen müssen Anordnungen des Schiedsrichters künftig bestimmt unterbreiten.

**Brehna II — Reichig Jgd. 3:0 (1:0).**  
Reichig spielte nur mit neun Mann.  
**Wittenberg I — Reichsbanner Bitterfeld I 2:2 (0:0).**  
**Bitterfeld I — Reichsbanner Bitterfeld II 4:3 (1:2).**

**Allgemeine Rundschau**

In Paris feierte Miller in einem 60-Kilometer-Rennen der Marathon in der Gesamtheit von 51:32 Minuten.

Im Frankfurter Sechstagerrennen, das Freitag begonnen hat, lagen nach zwei Tagen Quartier-Damec mit 54 Punkten allein an der Spitze. Esch's weitere Reize, die von Reichsdüringen mit 166 und Schön-Zieg mit 87 Punkten angeführt wurden, folgten eine Runde zurück.

Im Berliner Weltrekord im Automotor wurden drei neue deutsche Damer-Schwimmerinorde aufgestellt, in allen drei Fällen handelte es sich um die 6x50-Meter-Schwimmer. Im der Kraußhofel betrug die neue Reizeit 3:34,8. In der Schwimmhalle 4:15,6 und in der Bogenhofel 4:00,3 Minuten.

In einer Sitzung des Verwaltungsausschusses der DE, und des DSB, wurde beschlossen, eine Aktion gegen die teuren Eintrittspreise für die Hallenänder einzuleiten.

**Fußball:** Wacker Halle — Galle 96 3:1. Sportfreunde Halle gegen Robert Halle 3:0. SG 98 Halle — 99 Werburg 2:1. VfL Werburg — Epreha Reumart 5:2 (4:1). SG Solzweißig gegen Wacker 6:1 (4:0). SG Biederborn — Linton Sanderborn 4:1. Frauen Greppin — 07 Wittenberg 3:1. Viktoria Wittenberg gegen VfL Bitterfeld 2:0.

**Bereitschaftskampf Sichte Gräfenhainichen gegen Delitzsch**

**Fußball:**  
**Bereitschaftskampf Sichte Gräfenhainichen gegen Delitzsch 8:8**  
Vor mehreren hundert Zuschauern fanden sich obige Mannschaften im Bereitschaftskampf gegenüber.

**Gräfenhainichen I — Delitzsch 4:2 (2:0).**  
Gräfenhainichen, in neuer Aufstellung, ging gleich zum Anstoß an zu einem flotten Spiel über. Die Götte fanden sich nicht gleich zusammen und schon nach einigen Minuten wurden der Gastgeber hinter sich gelassen. Jetzt erwiderten die Götte und vertrieben den Auswärtigen heran. Das Spiel nahm immer mehr an Tempo zu. Gräfenhainichen konnte vor der Pause noch einmal unbehaltbar einstoßen. Nach der Pause verteiltes Spiel. Den Gästen war es verpönt, bis zum Schluß kaum erfolgreich zu sein. Der Sturm des Gastgebers arbeitete unzuverlässig.

**Gräfenhainichen II — Tärten II 2:0.**  
**Gräfenhainichen III — Tärten III 0:5.**  
**Gräfenhainichen Schiller — Tärten Schiller 2:1.**

**Reichig II — Bitterfeld I 2:5 (1:3).**  
Bitterfeld, die technisch bessere Mannschaft, konnte dieses Spiel verliern; gemindert. Reichig fand sich im Sturm nicht zusammen.

**Spieler im Leipziger Bezirk**

**Hilfenburg — Hirschen 8:4 (2:3).**  
Durch das vorangehende Schwimmer war die Bodenbeschaffenheit eine derartige, daß kein richtiges Spiel zustande kam. Beide Mannschaften verlusten mit Mühe und Herumrufen zu Erfolgen zu kommen. Der Platzbesitzer war in dieser Hinsicht den Gästen etwas unterlegen und mußte es sich gefallen lassen, daß, nachdem die Götte bereits bis zum Wechsel führten, sie auch den Sieg mit nach Hause nahmen.

**Hilfenburg II — Hirschen II 1:4.**  
**Hilfenburg IV — Hirschen III 2:2.**  
**Scheubitz II — Sündenau V 11:2.**  
**Leubitz — Dürrenberg II 8:5.**  
**Wahlitz — Gohlitz IV 6:2.**  
**Rnaben: Hilfenburg — Hirschen 0:0.**

**Bezirksvertreterung der Handballer.**

Der am Sonntag von 65 Mitteilungen mit 100 Teilgeleitern behaltene Handball-Bezirksrat in Wahren nahm einen befriedigenden Verlauf. Genosse Döttig war in seinem Bericht dazu hin, daß trotz der kühnen wirtschaftlichen Not und den Angriffen von rechts und links ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Durchs das Jahr 1930 mit einem Mannschaftsbestand von 325 abgeschlossen werden konnte der Bezirk am Ende des Jahres 1931 376 Mannschaften verzeichnen. Besonders die Jungsten der Bewegung, die Kindermannschaften, konnten eine Steigerung von 13 auf 69 erfahren. Die Kräfte der Bezirksleitung zur Durchführung der Geschäfte wurden von dem Bezirksrat fast einstimmig anerkannt und somit die Genösse für eine gute Arbeit in diesem Jahr gelobt.

**„Uferwärts“ Stuttgart Württembergischer Meister im Ringen.**  
„Uferwärts“ brachte es gegen Heidenheim mit 11:9 Punkten zu einem entscheidenden Sieg um die Landesmeisterchaft im Ringen der Württembergischen Arbeiter-Kämpferbundes.

**Entscheidungen in den Kreis-Fußballmeisterschaften**

**Drei Turnerschaften Rühnen Ehrentrophäen Meister.**  
Das Rühnen-Fußballspiel gegen Bornitz wurde durch die Württembergische Fußballmeisterschaften gewonnen. Nachdem das zweite Tor für Württemberg gefallen war, spielte Rühnen eine Viertelstunde so zusammenhängend los, daß Württemberg in dieser Zeit die weiteren Tore schießen konnte. Das erste Spiel beider Gegner endete 1:1.

**Dresdener Fußballer wieder Weibchen Meister.**  
Der Dresdener Fußballer vom Weibchen-Bezirk (König Werra 5:1 (2:1)). Hannes Weibchen ist in dieser Höhe nicht verblüht. Der Dresdener Weibchen spielt den knappen Vorsprung 6:4 zum Abschluß nur durch die gute Abwehr seines Mannes. Nach Schlußwechsel ließ Hannes Weibchen etwas nach, so daß gegen Schluß Dresdener Fußballer immer mehr und mehr aufkam.

**Riders Subwiesinger a. H. Meister von Buben-Pfals.**  
Das Endspiel brachte die überrochende 1:3-Niederlage des alten Meisters Grassfeld, der bereits zur Halbzeit mit 0:1 im Nachteil war.

**Rottbus 93 einhellig Kaufher Meister.**  
Wie nicht anders zu erwarten, schlug Rottbus in den Rottbusberger Bezirksmeistern Schönlange auch im zweiten Spiel sicher. Ergebnis 5:0 (2:0). Rottbus ist somit als Kaufher Meister der Bezirksmeistern des WTB. Weibchenmeister geworden.

**Im Württemberg-Meistertum und Württemberg-Spielführer.**  
Die Teilnahmevereinbarung zum Schlußspiel sollte sich Redera gartig durch einen 4:0-Eieg über Bismarck, und Württemberg durch ein 4:2-Ergebnis gegen Schönlange.

**Die größte Ueberzählung in Schönlange.**  
Die Runde der drei letzten Runden auf die Schönlanger-Schönlanger (Ergebnis 4:4) zwischen Rottbus und Weibchen (Ergebnis 5:0 (2:0)). Rottbus ist somit als Kaufher Meister der Bezirksmeistern des WTB. Weibchenmeister geworden.

**Handballspiele im 2. Kreis**

Im Bezirk Magdeburg führt die Rühnen in der Handball-Tabelle weiter und konnte seine Stellung durch einen 4:4-Eieg über JZ. Langenbeben bekräftigen. Bornitz's Fexmer 8:1 eben war gleichzeitig erfolgreich und gewann schließlich 10:4 über WTB. Hohendöbeln. WTB. Diederhof und JZ. Schönebeck spielten unentschieden 5:5.

Der Galtberfelder Bezirk melbet: Schulpfort Galtberhof — Galtberhof 1:1. Galtberhof Württemberg — Wittenberg 5:0. Thale — Lützenrode 2:3. Reinhold — Quebinburg 1:4. Schönebeck I — Wernigerode II 8:0. Freiheit Galtberhof — Schulpfort Galtberhof 3:1.

**Bezirk Wittenberg:** Groß-Rühnen — Turnerbund Wernberg 6:4. Delitzsch 9:5 — Dessau-Alten 5:2. Sichte Rühlau — Bobbau 13:3. John Gerbig — Klein-Rühnen 0:2.  
**Bezirk Wittenberg:** Untermiederhof — Wolmed 6:5. Untermiederhof — Galtberhof B 6:5.

Im Magdeburg fand der Handball-Berichtstag statt, der ein hohes Benehmen zur Ehre von ablegte. 150 Mannschaften trugen im Vorhau insgesamt 2000 Spiele aus. Als Bezirksspielleiter wurde einstimmig Elstermann (Magdeburg) gewählt.

**Nordhausen ladet ein!**

Der 6. Kreis (Hilfenburg) im Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V. veranstaltet am 23. und 24. Juli in Nordhausen ein Kreis-Turn- und Sportfest, wozu alle mit sympathisierenden Vereinen, Mannschaften und Gassen, auch aus den anderen Kreisen herzlich eingeladen sind.

Das 4. Kreis-Turn- und Sportfest findet auf dem herlich angelegten Stadion der 1000jährigen Stadt Nordhausen statt. Die Massenbegehr der früheren Kreisfeste haben bewiesen, daß die Arbeiterpartei der neuen Zeit entsprechend den praktischen, den Zweck entsprechend Geländebegehr betreiben.

Nordhausen soll den Wettkämpfern und Gästen noch viel mehr bieten. Ein sachmännlich gebautes Stadion garantiert für einen unbedingten Sport, erhöht die einwandfreie Leistungsfähigkeit der Wettkämpfer und bietet allen Teilnehmer und Gästen die bestmögliche Sicht über alle Wettplätze. Ein herlich angelegtes Sommerbad steht sich dem Stadion würdig an. In daß neben allen Sportarten auch die Freunde des Wassersportes auf ihre Rechnung kommen.

**„Not-Sport“ in Röhnen**

Aus Petersburg wird uns berichtet:  
Rette Zustand herrschen im kommunikativen Sportverein. Als die Kommunisten den Arbeiter-Turn- und Sportverein spalten, künftigen sie an, daß die Bundestrennung sich nicht lange halten konnten und daß der Weibchen bei ihnen einzutreten würde. Jetzt ist es aber umgekehrt gekommen. Während der Bundestrennung Sportverein immer mehr erhaltet und das durch gute Spielresultate gegen starke Gegner unter Beweis stellt, sieht es bei „Not-Sport“ recht traurig aus. Schon seit 1 1/2 Jahren erhält die Gemeinde nicht mehr das von 25 Wt. jährlich betragende Budget von dem Verein, obwohl sie den Platz selbst nur in Pacht hat und jährlich 90 Wt. für den Vorzug bezahlen muß. Trotzdem hat man nichts getan, daß die Gemeinde etwas unternommen hätte, das Geld einzutreiben. In Petersburg glaubt man, daß es der übrigen national eingestellte Generierung mit den Kommunisten nicht verdröben will, da es sie als Stützpunkt gegen die in der Röhnen Front stehenden Bundestrennung Sportler benutzen will.

**Arbeiter-Regeln**

Hilfenburg Württemberg schlagen Gültige Regeln 797:751.7.  
Der Grundrechtskampf in Halle zwischen den genannten Rühnen des Deutschen Arbeiter-Kämpferbundes wurde von Bessenhofen erst nach dem Wahnsinnig sicher gewonnen. Württemberg wurden zweimal 50 Regeln auf Württemberg. Von Bessenhofen erreichten Punkte: Württemberg 143,3, Röhnen 126,8, Ruppert 135,1, Friedrich 151,0, Württemberg 127,4, Fosse 110,3. Halle erzielte dagegen: Württemberg 135,0, Röhnen 127,4, Zener 126,6, Rühnen 126,4, Fosse 129,4, Götze 115,9.

**Röhnen ist Weibchenmeister und Ruppertfeld e. V. Halle.** Vom Dienstag bis Freitag finden wieder die Württembergischen in der Württembergischen Handballmeisterschaften statt. Die Württembergischen Handballmeisterschaften werden am 23. und 24. Juli in Nordhausen stattfinden.

**Freie Schwimmer und Ruppertfeld e. V. Halle.** Vom Dienstag bis Freitag finden wieder die Württembergischen in der Württembergischen Handballmeisterschaften statt. Die Württembergischen Handballmeisterschaften werden am 23. und 24. Juli in Nordhausen stattfinden.



# Kommunistischer Unterbezirksvorsitzender als Brandstifter

Wegen vorläufiger Brandstiftung der Sozialistischen Bewegung hatte sich der Unterbezirksvorsitzende der SPD, der Schiffer Max Diebe vor dem Kreisgericht in Zörgau zu verantworten. Im Mai des vorigen Jahres brannte in einer Nacht die Scheune bis auf die Grundmauern ab. Die Vorräte und die darin befindlichen Maschinen konnten nicht mehr gerettet werden. Der Brand der Brandstiftung lag schon damals sehr nahe, aber von Polizei und Staatsanwaltschaft durchgeführte Ermittlungen hatten keinen Erfolg. Der gleichfalls der SPD angehörende, mehrfach vorbestrafte, Maurer G. hat zu Zeit zu Zeit Lebensmittel und Getreide nach Bedarf.

G. hat bei den Vorkäufen die Zörgauer Kommunisten der Polizei verraten.

Da der Verdacht der Brandstiftung auf ihn fiel, gab er plötzlich zu, daß Diebe ihm gegenüber eingekauft habe, daß er in Gemeinschaft mit dem Maschinenbauer Paul F. hme und dem Former Kurt B. eher die Scheune angezündet habe.

Der Verteidiger der Angeklagten, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Löwenthal (Berlin), stellte den Antrag, daß der behandelnde Arzt Diebes, Amtsarzt Dr. Franke, als Sachverständiger hinzugezogen werden soll. Das Gericht beschloß die Hinzuziehung von Dr. Franke und die Anhörung des Kreisarztes Dr. Busch.

Nach Darstellung von Diebe hat sich der Fall wie folgt zugetragen: Die hiesigen Kommunisten wollten verboteene Flugblätter in dieser Scheune verladen. Da hatte die Scheune auf die Brandhaftigkeit hin untersucht. Da er keine Leuchtlanze bei sich gehabt habe, steckte er in der bis ans Dach mit Stroh angefüllten Scheune ein Streichholz an. Das brennende Streichholz setzte das Stroh in kürzester Zeit in Brand. Die drei Angeklagten haben sich nur mit großer Mühe aus der schnell brennenden Scheune entfernen können. Der Angeklagte B. eher machte allerdings eine Aussage, die dahin ging, Diebe hätte gefragt:

„Wir werden wohl die Scheune anbrennen können.“

B. eher weigerte sich, diesem Treiben zu folgen. Er wurde von Diebe mit den Worten beschimpft: „Du bist wohl ein Feigling und halt wohl Angst.“

B. eher behauptet, daß für Diebe nur die Aussage des Maurers G. h. e. er habe, um nicht selbst in Verdacht der Brandstiftung zu kommen, die Namen seiner früheren Parteigenossen bei der Polizei angegeben. Es sei ihm auch angedroht worden, daß er wegen des Verrates „gemuechelt“ werden soll.

## Freis Liebenwerda

### Genossenschaftlicher Preisabbau

Fallenberg. Die politische Form des Preisabbaus bei den Konsumgenossenschaften besteht in einer automatischen Warenpreisregulierung, die dem Willen des Konsumvereins entspricht. Und dauernd erfinden im Wandel der Verbraucher mit Recht die Worte: „Der Konsumverein ist der Preisregulator am Orte.“ Am besten ist dies in den kleineren Städten und Orten zu beobachten. Der wesentliche Unterschied gegenüber dem Einzelhandel besteht darin, daß die konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsverbindungen nur Bedarfsbedingung für die Mitglieder sind, also nicht auf Gewinn am Dritte — das ökonomische Merkmal der Privatwirtschaft überhaupt — eingestellt sind. Die Genossenschaften haben es daher gar nicht nötig, sich mit „überleierten Preisen“ darauf einzustellen, denn jeder Verbraucher ist bei den genossenschaftlichen Bedarfsbedarfsverbindung kommt niemand anders als den Mitgliedern selbst zugute.

Die hiesige Konsumverein ist schon seit drei Jahrzehnten der Preisregulator am Orte. Viele Genossenschaftler wissen das sehr zu schätzen. Jedem Genossenschaftler wird es noch in Erinnerung sein, als der W. vor zwei Monaten seine Fleischverteilungsstelle einrichtete, mit welchem Gehalt die Fleischlieferung über den „hiesigen Konsum“ herfiel. Erfolg: Senkung der Fleischpreise um 20 Prozent! Und wie stann jetzt mit dem Bienenhonig? Auch hier war es der Konsumverein, der fortgesetzt gegen den hohen Preispreis

## Bockwitzer Kommunalpolitik

### Ist die Haltung der SPD. in der Schulhausmeisterfrage gerechtfertigt?

Bockwitz, den 28. Januar.

Wir erinnern heute nochmals an eine Frage, die bürgerliche Fraktionsmitglieder Veranlassung gegeben hat, der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichstagskammer nachzufolgen. Es reisse eine Anwesenheitsfrage in besonders großem Umfang. Ihre Haltung in der Schulhausmeisterfrage sei mit der Finanzlage der Gemeinde und den Sparmaßnahmen nicht vereinbar. Wir erinnern zu gleicher Zeit daran, daß bürgerliche Vertreter in der letzten öffentlichen Gemeindevorstellung die ganze Angelegenheit einer maßlosen Kritik unterzogen haben und sich zu den selbstmitleidigen kommunalpolitischen Ausflügen verhielten. Da sich einzelne bürgerliche Gemeindevorsteher mit einer seltsamen Energie der noch jämmerlichen Personalangelegenheiten annehmen können wir nicht unterlassen, die Gründe dazu zu unterlegen.

In der Schulhausmeisterfrage wurde, nachdem durch Abstimmen die Belegung geregelt schien, von bürgerlicher Seite die Arbeitsfähigkeit und persönliche Eignung des Bewerberin angezweifelt. Auf den Brand der Bürgerlichen mußte der Bewerber erst einmal ein amtliches Zeugnis beibringen. Als das herab, angeforderte man die Zuständigkeit des Amtes und verlangte eine Unterzeichnung durch den Kreisarzt in Liebenwerda (die Kosten hätte die Gemeinde tragen müssen)! Weil auch das nicht zog und die sozialdemokratische Fraktion das ablehnte, erklärte der bürgerliche Schöpffe Regold die Entscheidung und den Beschluß der Gemeindevorstellung anzuzweifeln. In dieser Situation ist

#### Die Gehaltsregelung ausfallgebend

gemindert. Entgegen einer Vorbereitung dieser Frage durch den Schulvorstand, in der als Richtlinie der Gehaltsfuß für den

Der Verteidiger ging darauf hinaus, D. als einen starken Epileptiker zu bezeichnen, der diese Tat im Dämmerzustand ausgeführt habe, und er beantragt die Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches.

Die beiden Sachverständigen Gutachten widersprechen sich. Sanitätsrat Dr. Franke behauptet als Sachverständiger des Vorbanden sein von Epilepsie bei dem Angeklagten Diebe, während der Kreisarzt ihn nur als Epileptiker bezeichnet, der simuliere. Das Verhörungsgericht in Merseburg habe Anträge des D. abgelehnt, da es sich bei ihm nur um einen Epileptiker handle.

Die Verteidigung beantragte, daß die Akten des Verhörungsamtes als Unterlagen beizubringen seien, damit ein genaues Urteil über den Gesundheitszustand des Angeklagten gefällt werden könnte. Dem schloß sich das Gericht an und pertragte den Prozeß auf Dienstag, den 2. Februar, vormittags 9 Uhr.

## Gewerkschaften erwirken Preisentung

Annaburg. Da hier von einer Preisentung im Sinne der letzten Novorordnung noch immer nichts zu merken ist und die Not der Arbeiterchaft sehr groß ist, hatte der Vorstand des Ortsausschusses des D. W. B. laut Beschluß der letzten Sitzung mit dem Gemeindevorstand und den Innungsobereameistern Verhandlungen angetupft, um die Preisentung durchzuführen. In den Verhandlungen erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß die hiesigen Geschäftsleute den Hilfsbedürftigen durch einen Preisabbau unbedingt entgegenkommen müßten, wie es in den umliegenden Dörfern bereits geschehen ist. Es konnte nachgewiesen werden, daß

Brot, sowie Fleisch und Wurstwaren hier immer noch teurer, als in den Nachbarorten

sind, trotzdem die dortigen Geschäftsleute beim Einkauf von Mehl und Vieh kein größeres Risiko haben, als die hiesigen. Nachdem auch der Gemeindevorsteher dringend um Preisentung gebeten hatte, erklärten die Innungsobereameister, ihr mögliches in ihrem Gewerbe zu tun und eine Preisentung durchzuführen, womit wirklich der Arbeiterchaft gebietet ist. Aus der Aktion erhebt die Arbeiterchaft, daß nur die Gewerkschaften ihre Rechte vertreten. Der hiesige kommunistische Gewerkschaftsausschuß kann sich nicht genug ergehen in radealen Reden, aber praktisch hat er bis jetzt für die Arbeiterchaft nichts geleistet.

entkämpfte. Die Hausfrauen merken, daß sich der Konsumverein auch in der schmeren Krisenzeit immer mehr und mehr den verringerten Einkommensverhältnissen seiner Verbraucher anpaßt. Es wurden jetzt

in den letzten 14 Tagen rund 120 Artikel der lebensnotwendigsten Bedarfsartikel teils bis zu 20 Prozent herabgesetzt.

Die Hausfrauen begrüßen es sehr, daß jetzt auch noch der Verkauf von Frischgemüse ausgenommen wurde. Die Preise waren auch in diesen Artikeln für Fallenberg sehr hoch. Am 1. Februar werden die Wäpferollgebühren bedeutend herabgesetzt.

Im ersten Halbjahre erzielte der Verein einen Umsatz von 187 700 M. Mitglieder sind der Genossenschaft im ersten Halbjahr 76 neue Mitglieder. Jedes Mitglied werde zum Werber der Genossenschaft: Je größer die Zahl der Mitglieder, desto mehr werden die aus der Arbeit stehenden Vorteile zum Segen der Allgemeinheit werden.

Fallenberg. Zwangsversteigerung. Wie wir hören, kommt in nächster Zeit das in Konkurs befindliche Gartenwerk zur Zwangsversteigerung. Es wird auch höchste Zeit, daß das Werk wieder in Betrieb genommen wird, ehe es ganz und gar verkommt. Für eine befristete Produktion ist auch heute noch Absatz vorhanden, noch dazu, wo die Steine dieses Werkes besonders guter Qualität waren. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß das Werk wirtschaftlich vernünftig geführt wird und nicht wirtschaftliche gemacht werden.

Polen in Höhe von 185 M. Rettogehalt festgehalten wurde, befachte sich der Gemeindevorstand pfläglich mit dem Vorschlag, als Grundlohn 119 M. netto festzuhalten. Anzüglich sei daran die Novorordnung § 40, 20 Prozent fest zu halten. Vertreter der bürgerlichen Fraktion nahmen dies bisles Vorschlags auf falligermesse an. Durch die Initiative der Linken wurde dieser „Lang um das goldene Kalb“ zurückge.

Der Schulhausmeister erhält nun das Bruttogehalt von 186 M. In der Berechnung ging die sozialdemokratische Fraktion von dem Standpunkt aus, daß außer dem Schulhausmeister zwei weitere Personen zur Unterhaltung der Schule beschäftigt werden. Wederlich umgelegt würde das Beispiel so lauten: Auf den Hausmeister selbst entfallen monatlich 100 M. Im Monat 26 Arbeitstage und pro Arbeitstag 8 Stunden ergeben

einen Stundenlohn von 64 Pf.

(Zarifflohn des angelernten Arbeiters.) Würde die erste Hilfskraft 46 M. monatlich erhalten, dann ergibt sich daraus bei 26 Arbeitstagen und pro Tag 8 Stunden ein Stundenlohn von 22 Pf. (Zarifflohn ist 32 Pf.). Bei der zweiten Hilfskraft ergibt sich ebenso umgerechnet der Stundenlohn von 19 Pf., wenn auf die 40 M. Lohn herabgesetzt werden. Das Nettogehalt von 149 M. für den Vorsteher einschließlich der Hilfskräfte würde prozentual noch weiter unter den Zarifflohn sinken, als es schon bei Berechnung des Bruttogehaltes der Fall ist. Die sozialdemokratische Fraktion konnte unter keinen Umständen sich zu einer Lohnrückerei ergeben.

Warum nun aber das Verhalten der einzelnen in dieser Angelegenheit so intensiv tätigen bürgerlichen Vertreter? Welche

Gründe sind dafür stichhaltig, daß sich sogar einzelne Lehrer der SPD, die der Rechte sehr nahe stehen, hinters lassen, dem Schulhausmeister die Arbeit zu erschweren und zu verdirren? Etwas bezweigen, weil der Mann veracht, seine ihm übertragene Arbeit mit aller Gewissenhaftigkeit auszuführen, oder weil sie einzelnen Ausflüchtlern als Mittel zum Zweck dienlich scheinen? Die SPD-Fraktion wird sich dazu ab und zu beeinflussen lassen. Sie weiß, wohin die Reite geht! Kontrastmaßnahmen und Gemeindevorstände sind ja nicht. Man hofft auf eine Senkung der politischen Verhältnisse. Hoffentlich sorgen die Herren dafür, daß sie bis dahin keine falsche Fuge bekommen.

## Gesunde Parteibewegung

Langhamms. In voller Einmütigkeit und Geschlossenheit beschloß die Generalversammlung des SPD. Ortsvereins. Ein Referat des Gen. Grober über die Eiferne Front eröffnete die Tagesordnung. In der Aussprache kam der entschlossene Wille aller Genossen zum Ausdruck, alle Kräfte für die Niederrückung des Reichsmissens mobil zu machen.

Die anschließend erstatteten Jahresberichte des Vorsitzenden, der Frauen und des Kassierers zeigten von einer vielseitigen erfolgreichen Arbeit auf allen Gebieten der Parteibewegung. Trotz Wirtschaftskrise und sonstigen Schwierigkeiten konnte der Mitgliederbestand erhalten bleiben. Besonders umfangreich war die Betätigung in der kommunalpolitisch und der Frauenbewegung. Die Arbeit der Gemeindevorsteherfraktion soll in der nächsten Versammlung eingehend dargelegt und besprochen werden.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des gesamten Vorstandes, der sich demnach aus folgenden Genossen zusammensetzt: Grober, 1. Vorsitzender; Müller, 2. Vorsitzender; Pelis, Schriftführer; Buge, Stellvertreter; Benzl, Kassierer; Hoffmann und Gröger, Redaktoren. Die Frauengruppe hat in ihrer Generalversammlung einen besonderen Vorstand gewählt. Die von frischem Geiste getragene Verammlung war ein guter Ausfall für die Arbeit im neuen Jahre.

## Vor dem Spruchauschuß

Auch der Bezirksverein schloß nicht vor Entlassung.

Vor dem Spruchauschuß Estermeda des Arbeitsamtes Zörgau standen am 26. Januar 21 Sachen zur Verhandlung. Die Sitzung war zwar öffentlich, trotzdem tagte der Spruchauschuß unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Zuhörerraum war verschlossen. Auf Anfrage erklärte der Vorsitzende, daß er die Schließung nicht veranlaßt habe. Trotzdem blieb die Tür verschlossen. Hat etwa die Stadtverwaltung die Schließung veranlaßt?

Bei der Verhandlung konnte man feststellen, daß nur wenige Arbeitnehmer ihren Verbandsvertreter zur Vertretung ihrer Interessen bestellt hatten. Sie mußten das zum Teil durch Abweilung ihres Einpruchs fühlen. Ein Fall muß besonders festgehalten werden: Der Arbeiter Penz aus Bockwitz war von der Bubiag

wegen Unachtsamkeit entlassen worden.

Penz klagte gegen die Sperre der Unterführung an ist Mitglied vom Werkverein, trotzdem ist er entlassen. Vordem war er im Bergarbeiter-Verband. Er trat aus, weil er glaubte, daß er nicht entlassen würde, wenn er im gelben Werkverein sei. Der Geschäftsführer des Werkvereins der Bubiag trat hier einmal für die Aufhebung der Sperre ein. Jedenfalls, weil die Bubiag keine Kosten dabei zu tragen hatte. Dem Einpruch wurde stattgegeben.

## Kritik am Fürsorgeverband

Aus Wahrenbrück geht uns, angelegt durch unsere Mitteilung in den „Kleinigkeiten“ aus der Bubiag über den Fürsorgeverband des Kreises Liebenwerda, folgende Mitteilung zu:

Allgemein herrscht im Kreise Liebenwerda große Erbitterung über die rigorosen Maßnahmen des Fürsorgeverbandes. Dieser Fürsorgeverband hat sich in der letzten Zeit als Eingriffsbefugte umgestellt und verhält sich aber ganz, daß er Fürsorgebehörde ist, die die Beschäftigten betreuen soll. Sogar die gemeindevorstellungen werden ihre Wirksamkeit aus. Das will schon etwas heißen, da doch bekanntlich die Gemeinden zu 20 Prozent an den Fürsorgeverband beteiligt sind.

Einer Witwe mit Kind ist eine Hypothek aus ihres Mannes Erbe gepilvert worden, weil der Fürsorgeverband sich für die an den verstorbenen Vater der Witwe gegebene Kleintrentnerunterstützung schuldig halten will. Die Zinsen dieser Hypothek betragen 122 M. jährlich, wovon sich die Witwe mit Kind jetzt schon unter den größten wirtschaftlichen Entscheidungen durchschlagen muß. Wie soll das erst werden, wenn ihr die 2000 M. genommen sind, da doch nirgends Arbeit vorhanden ist? Dabei muß die Witwe sich erst eine Grillenz gründen und Ausstattung und Wäsche schaffen, da die Hypothek ihr eingehendes Gut war und sie dafür keine Aussteuer mitgebracht hatte. Die Zeiten sind härter; aber härter noch macht manchmal der Fürsorgeverband den Armen das Leben. Umstellung tut bitter not!

## Produktenböfen vom 30. Januar

Reipzig: Weizen: 218 bis 222 (222 bis 224). Roggen: 208 bis 212 (208 bis 212). Hafer: 140 bis 150 (140 bis 150). Galle: Weizen: 230 bis 233. Roggen: 211 bis 214. Hafer: 142 bis 146.

## Ein unter Berichterstatter!

Die erste öffentliche Sitzung der Eisenen Front steuert naturgemäß auch einen starken Andrang von Berichten. Bei der Bekämpfung unserer Vereinstreue und dem uns zur Zeit leider nur beschränkt zur Verfügung stehenden Raum ist es ganz ausgeschlossen, daß sämtliche Berichte ungefiltert erscheinen können. Folgende, wie: „Der Bericht muß unbedingt ungefiltert am ... erscheinen“ können unmöglich berücksichtigt werden. Die Redaktion muß sich vorbehalten, wie sie die Berichte verwendet. Wenn daher Berichte statt geführt oder minder wichtige einmal gar nicht veröffentlicht werden, so sind dafür die eben angeführten Gründe maßgebend. Jeder Berichterstatter möge beachten: Schnell berichten, nur das Wesentliche und wichtige mitteilen, also kurz fassen! Außerdem: keine persönlichen Entstellungen. Die Strafbestimmungen für Verleumdungen sind durch Novorordnung verschärft! Die Redaktion.

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion und Anzeigen: Ernst Götze, bei Zentrale und Kommunalverwaltung: Beate Götze, für Vertrieb und Druck: Beate Götze, für Druck und Verlag: Götze-Druckerei-Gesellschaft mbH, Götze, Dr. Kärntnerstraße 6.

# 7. Grüne Woche in Berlin

## Am Sonnabend eröffnet

Am Sonnabend wurde in Berlin, in den großen Rindfleisch-Messhallen am Kaiserbaum, die 7. Grüne Woche eröffnet. Die Eröffnung erfolgte in Anwesenheit des Reichslandwirtschaftsministers Schiele, des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Siegel und des preussischen Finanzministers Dr. Klepper, der von seiner früheren Tätigkeit bei der Domänenbau- und bei der Preussischen Zentralgenossenschaftsbehörde besondere Besprechungen zur Landwirtschaft hat und die landwirtschaftlichen Probleme sehr genau kennt. Die Ausstellung nimmt acht große Hallen mit rund 6000 Quadratmetern ein. Sie bietet bis über die zehnte Februarwoche hinaus geöffnet. Arbeitslose erhalten zum Besuch der Ausstellung Freikarten, die von den zuständigen Arbeitsämtern abgegeben werden.

Die Grüne Woche in Berlin hat eine reiche Tradition. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass von hier aus verurteilt wurde, die während des Krieges und in der Postkriegszeit rüstend gemordete deutsche Landwirtschaft auf neue Produktions- und Absatzmethoden umzustellen. Die Ausstellung am Kaiserbaum in Berlin ist in den letzten Jahren zweifellos so etwas wie eine Akademie für Landwirte und Jahrmärkte von Landwirten geworden, die alljährlich während der landwirtschaftlichen Woche nach der Reichshauptstadt kommen. Mit dieser guten Tradition scheint es aber diesmal nicht so bestellt zu sein wie in den Vorjahren. Wenn man die acht Hallen als aufmerksamer Beobachter durchwandert, hat man das Gefühl, daß diesmal am Kaiserbaum Kräfte nicht mehr sind, die das Gefühl, daß der diesmaligen Ausstellung der große Glanz fehlt.

Schließlich ist das verständlich. Wir stehen im dritten Reichsjahr. Das muß sich bemerkbar machen. Gerade dort, wo früher wichtige Firmen Neuerungen und Neubeitungen ausstellten und ins Gespräch zu kommen versuchten, um man uns in vergangenen Jahren die ersten Autos aus Stein und Eisen zeigte, die Behandlung von Grünflächen für den Verbrauch im Winter demonstrierten, Standardarbeits- und Typisierung voranschaffte usw., gibt es diesmal weniger. Viele Firmen haben die Ufen geschlossen, die Klammern, die Klebmaschinen. Das spürt man im Berliner Wirtschaftsgesellschaftlichen, einer friedlichen Einrichtung, zu spüren bekommen. Wir haben eben ein Reich, und man könnte sich damit abfinden, wenn das einzige Grund wäre, der die diesmalige Grüne Woche gegenüber ihren Vorgängerinnen abfallen läßt. Leider spielt aber noch vieles andere mit.

Der Impuls in der Landwirtschaft, zu besseren Methoden in Produktion und Absatz zu kommen, um mit dem Zustande zu konkurrieren, hat sich aufgelassen. Das Wort von der Maschinenisierung und Technisierung der Landwirtschaft ist etwas geworden, das heute in der deutschen Landwirtschaft aufeinander keinen Klang hat. Viel leicht erleben wir hier die Früchte einer rechtsabwärtigen Propaganda, die ein Ende der nun schon jahrelang dauernden Agrarkrise durch

alle möglichen Faktoren und Phänomene verprägt und das Grundrecht negiert, wobei wirklich eine Besserung kommen kann: die Beschäftigung, die Verbesserung und Bereinerung der landwirtschaftlichen Produktion. Hinter den protektionistischen Mauern, die der Reichsernährungsminister Schiele unter dem Druck der landbündeligen Organisationen von Monat zu Monat höher baut, glaubt man von dem Konkurrenzamt mit der ausländischen Landwirtschaft verhandelt zu sein und verhandelt zu bleiben. Wir haben das Gefühl, als wenn die deutsche Landwirtschaft, gerade wie im Krieges und während der Inflation, wieder einmal noch rüstend werden sollte, als wenn sie sich einbildete, man könnte hinter Zollschranken und die Dauer (schlecht) und teuer probieren. Trifft das zu, dann ist es eine bedenkliche Psychologie, die die deutsche Landwirtschaft ergreift hat. Sie kann nur mit einem fürchterlichen Defizit, mit einem Missertrag enden. Und das Ertragen muß fürchterlich sein.

Die Ausstellung imponiert diesmal durch eine Reihe von Kollektivausstellungen. Wir sehen eine große Sonderausstellung Deutscher Wald - Deutsches Holz. Wir sehen Siedlungspläne, ganz aus Holz gebaut, geräumig, praktisch. Siedlungspläne ist noch lange nicht so weit gefahrt, daß man sagen kann, das Haus wäre für einen Vollerwerbslohn geeignet, der - davon gehen die Konstrukteure aus - auf einer Fläche von 30 bis 40 Morgen angelegt wird.

Im übrigen werden Markterzeugnisse gezeigt. Das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung stellt in einer Verpackungsmittelausstellung die Verpackungsmittel aus allen Ländern zusammen. Im übrigen gibt es eine Jagdausstellung. Dann Reiterturniere und wir hätten gemünscht, man hätte auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Absatzes nur annähernd so viel Mühe verschwendet wie bei den Reiterturnieren.

Zu erwähnen ist der protektionistische Zug, der sich diesmal stärker ausläßt als in den Vorjahren. Dabei mußt auch die Ausstellungsgleitung Dinge zu, die man wohl nicht unüberdacht hinnehmen kann. In einer für die Presse bestimmten Unterlage wird mitgeteilt, daß das „deutsche Volk 20 Milliarden für Rohungsmittel ausbeute. Wovon nur 11 Milliarden die Erzeugnisse erhalten. Der Rest geht ins Ausland“. Wir beschränken uns darauf, diesen hanebüchsen „Wald“ richtigzustellen, indem wir darauf hinweisen, daß der gesamte deutsche Import nicht bei dem Restemittel genannte Zahl, sondern eben die Hälfte erreicht.

An technischen Neuerungen demonstriert eine Berliner Maschinenfabrik einen 3000-Generator unter dem Namen „Holz statt Benzin“. Neuartig ist eine Kartoffelortiermaschine. Viel Interesse dürften auch die aufgestellten Spezialmodelle von Spritzenanlagen für die Forstwirtschaft und für den Gartenbau erwecken. Der Schöpfer der Ausstellung ist ein Luftbereiter Klerger, gemäßigter als ein Unterhaltungen, der sicherlich für die Landwirtschaft viele brauchbare Eigenschaften hat.

## Lebt Goethe noch?

Reportage in der Dichterstadt - Schänder des Geistes

Weimar, Ende Januar. (Eigenbrüchlich) Der Führer, der die zahlreichen kleinen Truppen von Fremden durch das Goethe-Nationalmuseum auf dem Frauenplan in Weimar geleitet, hämpft bei den Worten „Und dies das Sterbezimmer Goethes“ die Stimme. Die Fremden stehen humm und ehrfürchtig vor der Säule, an der am 22. März 1832 der größte Dichter deutscher Sprache seinen Geist aufgab.

Das jetzt hiesig und offiziell Goethe-Nationalmuseum heißt, war ehemals die Ministerwohnung des Herrn Geheimrat Goethe. Auf dem einst freien Platz vor dem Nationaltheater, dessen Theater Goethe lange Jahre hindurch war, steht ein ehernes Monument, das ihn vereint mit Schiller darstellt. Aber - vom Goethe-Haus aus sieht man auch die lokale Parteizentrale der Nazis; eine riesige Fahnenmastenreihe weht im Winde; herausfordernd ist die Schändung des größten Andenkens der Nation.

An die Ausstellung der Weimarerhalle wird die letzte Hand gelegt. Die Weimarerhalle soll der Mühsal aller literarischen Veranstaltungen der kommenden Goethe-Gedächtniswoche werden: Neben Thomas Manns, Walter von Molo und Gerhart Hauptmanns sind vorgelesen; Vorträge berühmter ausländischer Professoren über Goethe und die Welt, Goethe und Frankreich, Goethe und Spanien, Goethe und Estanbinaevn...

Der Reichs Schwann begrüßt die jederzeit mit offenen Armen für sich Goethe in seinen Freund Jeter nach Berlin, um ihn zu einem Besuch in Weimar anzuregen. Jeter kam und hielt am „Weißen Schwann“ an, dem vielmehrüberfüllten Gasthaus neben Goethes Haus. An der Rezeption saßen sie zumal und zechten, wie nach ihnen Käst, Bödlin, Landau. Die Atmosphären der Fremden parken heute vor dem Schwann. Aber drinnen in der Wirtstube hat sich wenig verändert seit hundert Jahren. Wieder liegt die Weimarer Bürger beim Dämmerherpochen und distillieren über die Fragen des Tages. Wir legen uns vor ein Glas Bier in die Dnecke und lauschen den Gesprächen am Stammtisch.

„Wie war das doch, Herr Sanitätsrat Pulpius, als ihre Großmutter den Geheimrat Goethe kennengelernt?“ wird der alle hier gefragt, der sichtlich dem Tisch schäftigt. - „Wenn es Sie nicht langweilt, meine Herren, antwortet der Sanitätsrat. „Mein Großvater Christian August Pulpius, der sich ohne viel materielle Erfolg als Schriftsteller verurteilt hatte, war aristokratisch und suchte eine Stellung. Seine hübsche junge Schwester Christiane hatte bei Gelegenheit den Geheimrat Goethe kennengelernt und verurteilt ihrem Bruder, diese Beziehung für ihn auszunutzen. Sie verurteilte eine Wittfrucht an Goethe und überreichte sie ihm im Stadtpark, als er gerade seinen Spaziergang machte. Und dieses Zusammenreffen wurde für beide zur Schicksalsfügung. Sie verurteilten sich, indem sie ihre Beziehungen aus und heranzogen. Die Goethe nahm Christiane in sein Haus auf. Trotz des Entschens der ganzen stiftensreichen Stadt und des herzlichen Hofes lebte Goethe achtzehn Jahre lang mit Christiane Pulpius in freier Ehe - welcher Mut noch in damaliger Zeit für einen Mann vom Range Goethes das gehört haben, der moralisierenden Kamarilla zwei Jahrzehnte lang zu tragen! In einem Gebirg löst Goethe einmal: „Nur könnt mir immer ungeschwiegt wie Blüchens Denmal gegen, von Franzosen hat er auch befreit, ich von Philistinen.“ Erst nach der Schlacht bei Jena, als Christiane ihn während der französischen Einquartierung mutig gegen ein paar rauhfellige franzosische Soldaten verteidigte, überwand er, scheinbar aus Dankbarkeit, seine Eshen vor der kirchlichen Zeremonie und vermählte sich mit ihr.“

Ein unfreier Tisch ist ein einfach geteilter Mann, der interessiert den Gesprächen der „Honoratoren“ zuhört. Jetzt wendet er sich an uns: „Sie sind fremd in Weimar? Sicher sind Sie wegen des „Goethe-Kubidiums“ gekommen. Alles spricht hier von Goethe. Aber was aus dem Volk hat rechtliche Gelegenheit mehr über ihn zu erfahren? Und wer hat heute noch die Ehre, sich Goethe zu verdienen hätte, dann könnte man sich auch wieder andere Unternehmungen leisten. Wir haben vielleicht zwei Goethe hier - und zu wenig gebildet. Ich bin nämlich Maschinenfabrikator von Beruf, zur Zeit arbeitslos... Und das ist so in Weimar kann man heute fast nur noch Arbeit bekommen, wenn man sich nationalitätlich aufstellt; am liebsten sehen es die Unternehmer, wenn man Mitglied bei den Nazis ist.“

„Man hat mich für nährlich“, sagt Astan Schmitt, „weil ich immer die fünfzigste Goethe-Philologie verurteilt“ habe. Aber was macht man aus Goethe in der Schule? Wie oerefelt man ihn den Kindern mit Auswendiglernen und Schematisieren? Kein fünfzehn Interesse für Goethe läßt man in ihnen übrig. Resultat: Das längste Goethe-Jahr reicht nicht aus, um all das nachzuholen, was das vergangene Jahrhundert an Goethe verurteilt hat. Frühelein Silia“ will Herr Schmitt hinter die Ecke, wo die hübsche Tochter des Schwannmeisters arbeitet, haben Sie nach ihrer Schulzeit aus freien Stücken einmal Goethe gelesen?“ Frühelein Silia wird ein wenig rot und schämt sich... „Dante, das genügt! Werhen Sie, meine Herren, das ist es, was ich immer sage: wer mit Goethe leben kann, der tut es auch in Krotzschin; wer es nicht kann, der bringt es auch in Weimar fertig...“

## Denke-Anwalt für Calmette!

Abend, 31. Januar. (Eigenbrüchlich)

Am Sonnabend erlebten im Bückeburger-Rindfleisch-Prozess die Verteidiger noch einmal das Wort zu einer Erwiderung auf die Ausführungen der Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger. Rechtsanwalt Dr. Darboven, der Verteidiger der Schwester Anna Schüle, behauptete von der Staatsanwaltschaft, daß sie ihre barmherzigen Strafanträge unter dem Druck der öffentlichen Meinung gestellt habe. Dr. Schüle, der Verteidiger Professor Depdtes, betonte, daß sein Mandant im strafrechtlichen Sinne unschuldig sei. Ferner wandte sich Dr. Schüle gegen die Ausführungen Rechtsanwalts Dr. Witterns am Freitag. „Dr. Wittern hat gesagt: Sind die Angeklagten

unschuldig, so sind sie durch Calmette geworden. Calmette hatte seinen Irrtum, daß der BWC nicht in seine virulente Urform zurückgeschlagen könne, der Öffentlichkeit leichtfertig eingeschämmt. Von diesem Angriff Dr. Witterns auf Calmette rühte ich ab für Professor Depde ist Calmette immer noch der verdiente ehrenwerte Forscher der er immer gewesen ist. Die Unschuldigkeit des BWC ist Professor Depde auch nicht von Calmette eingeschämmt worden. Professor Depde ist zu dieser Auffassung auf Grund seiner früheren eigenen Studien gelangt. Er ist Professor Calmette nicht verantwortlich zu machen.“ - Am Montag haben die Angeklagten das letzte Wort.

## Eine wertvolle Arbeit

„Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“, Jahrg. 1931

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin, Lindenstraße 3, 888 Seiten, Ganzleinen 6,50 M.

Der Jahrgang 1931 der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“ liegt in einem fastlichen Bande von 888 Seiten vor. Auch in diesem Jahre blieb die Parteikorrespondenz ihren Aufgaben treu die Stellung der Sozialdemokratie in Reich und Ländern darzustellen, die wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse des In- und Auslandes überflächlich zusammenzufassen und Quellenmaterial über die Tätigkeit der Gegner zu bieten.

Die Parteikorrespondenz ist das für die Funktionäre und Referenten einfach unentbehrliche Informationsorgan und erfreut sich selbst im Ausland steigender Nachfrage. Die fast lückenlose Darstellung aller wichtigen innen- und außenpolitischen Ereignisse, das umfangreiche Material über gesammelte Parteien und die informativsten Beiträge über fremde Staaten und die deutschen Länder machen die Parteikorrespondenz zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk.

Sonderausgaben der Parteikorrespondenz enthält mehrere Sonderausgaben, die besonders hervorzuheben sind. Das Wahlrecht brachte eine Statistik der Reichstagsabstimmungen 1919 bis 1930, die Septemberausgabe eine agitatorisch wertvolle Polemik über „die Riesengedächtnis und Pensionen sozialdemokratischer Bonzen“. Im Nr. 10 wurde eine Darstellung der Oppositionsbewegungen innerhalb der Partei vorgenommen und außerdem unter dem Titel „Worte und Taten der nationalsozialistischen Reichsregierung“ eine Abrechnung mit dem Regime der Nazis gehalten.

## Neue Verhaftungen wegen Felsenek

Die Justizpressestelle teilt mit: Nachdem der Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin wegen der Zulammenfänge in der Kolonie Felsenek die Voruntersuchung gegen insgesamt 48 Personen eröffnet und gegen 20 Angeklagte Haftbefehle erteilt hatte, sind nunmehr gegen 20 weitere Angeklagte Haftbefehle ergangen und vollstreckt worden, so daß sich jetzt 48 Personen in Untersuchungshaft befinden.

## Massenbrandstiftung

Die Brandstiftungen nehmen im südwestlichen Mecklenburg, vor allem in der Dömiger Gegend, neuerdings wieder stark zu. Im Verlauf, das im vergangenen Jahre durch etwa 30 Großfeuer heimgeführt worden ist, wurden innerhalb einer Nacht wiederum fünf Wohn- und Wirtschaftsgebäude eingeschert.

## Neue Dichterkademie

Die literarische Sektion der preussischen Akademie der Künste hat ihren Mitgliederbestand von 25 auf 31 vermehrt. Die neu gewählten Mitglieder der Dichterkademie sind der Spriter Gottfried Benn, der Spriter und Novellist Rudolf Binding, der österreichische Schriftsteller Max Mell, der Elsassler Rudolf Bannwitt, der Romanist und Schriftsteller Wilson Paquet und die Romanistin Ana Seidel, nach Nicarat hoch die zweite Frau innerhalb der Dichterkademie. In der Begrüßung der Dichterkademie glaubt man den Wunsch und Willen zu einer erweiterten sozialen und künstlerischen Aktivität im Goethe-Jahr erkennen zu dürfen.

## 200000 Mark unterschlagen

Am dem Stütz von München gelegenen Städtchen Wasserburg hat die 40 Jahre alte Postagentin Anna Stuhl 200000 Mark Unterschlagener unterschlagen. Die ungetreue Beamtin stückelte mit Hilfe und Begleitung eines Polizeibeamten über die Grenze nach der Tschechoslowakei.

## Mörder auf Wunsch?

In Klein-Gmündens (Hessen) hat ein 18jähriger Gärtnergehilfe seinen 21jährigen Kollegen erschossen. Der Mörder behauptete die Tat auf Wunsch des Getöteten ausgeführt zu haben. Die Beweggründe der furchtbaren Mordtat sind noch ungeklärt.

## Spiel des Casals

Der englische Matrose E. M. Evans ist durch einen glücklichen Zufall dem Schicksal der mit dem englischen U-Boot „M 2“ untergegangenen Mannschiff entkommen. Evans hatte an diesem Tage, an dem das U-Boot „M 2“ zu seiner Todesfahrt startete, seine Entlassung erhalten, um die er aus privaten Gründen nachdrücklich batte. Die Entlassungsurkunde erreichte ihn noch so rechtzeitig, daß er die letzte Fahrt des U-Boots nicht mitzumachen brauchte...

## Wahlwader Nord

In Elma (Manitoba, USA) wurden 8 Mitglieder einer zehnköpfigen Familie erschoten und 2 schwer verletzt aufgefunden. Der Täter ist noch unbekannt. Vermutlich ist es ein Waldstürmer.

## Verhafteter Bankier

In Berlin wurde der Bankier Dr. Ernst Wallbach, Leiter der Bankfirma Wilmuthal u. Wallbach, festgenommen. Wallbach steht unter dem Verdacht der Diebstahlschuldung.

## Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 30. Januar

Mühlen erhöhen

An der Berliner Produktenbörse fand am Sonnabend die beschlossene Sitzung des Vororges über die Regelung. Am Markte der Getreidehändler war bei der Auflösung der Getreidemärkte zu erwarten. Die Getreidemärkte der Börse zum Teil wieder verloren gingen. Der Promptmarkt war leiser verurteilt. Das Angebot an inländischen Weizen und Roggen blieb außerordentlich stark, während die Weizen weitere gute Qualität zeigten. So mußten die Weizenlieferungen wieder Preisgeboten um 2 Mark herabgesetzt werden. Auch Weizen hatte eines leichten Rückschlags. Die Weizen haben ihre Fortbewegungen zum Teil um 25 Pfennig erhöht, jedoch ist es nicht immer möglich, die hohen Fortbewegungen durchzuführen. Daher hatte betriebl. Enden. Vier hielten sich die Käufer etwas mehr im Hintergrund.

Weizen	
(ab 1000000)	Stations (1000000)
6 - 8	228 - 240
106 - 108	193 - 200
108 - 109	198 - 205
109 - 110	193 - 198
110 - 111	198 - 205
111 - 112	193 - 198
112 - 113	198 - 205
113 - 114	193 - 198
114 - 115	198 - 205
115 - 116	193 - 198
116 - 117	198 - 205
117 - 118	193 - 198
118 - 119	198 - 205
119 - 120	193 - 198
120 - 121	198 - 205
121 - 122	193 - 198
122 - 123	198 - 205
123 - 124	193 - 198
124 - 125	198 - 205
125 - 126	193 - 198
126 - 127	198 - 205
127 - 128	193 - 198
128 - 129	198 - 205
129 - 130	193 - 198
130 - 131	198 - 205
131 - 132	193 - 198
132 - 133	198 - 205
133 - 134	193 - 198
134 - 135	198 - 205
135 - 136	193 - 198
136 - 137	198 - 205
137 - 138	193 - 198
138 - 139	198 - 205
139 - 140	193 - 198
140 - 141	198 - 205
141 - 142	193 - 198
142 - 143	198 - 205
143 - 144	193 - 198
144 - 145	198 - 205
145 - 146	193 - 198
146 - 147	198 - 205
147 - 148	193 - 198
148 - 149	198 - 205
149 - 150	193 - 198
150 - 151	198 - 205
151 - 152	193 - 198
152 - 153	198 - 205
153 - 154	193 - 198
154 - 155	198 - 205
155 - 156	193 - 198
156 - 157	198 - 205
157 - 158	193 - 198
158 - 159	198 - 205
159 - 160	193 - 198
160 - 161	198 - 205
161 - 162	193 - 198
162 - 163	198 - 205
163 - 164	193 - 198
164 - 165	198 - 205
165 - 166	193 - 198
166 - 167	198 - 205
167 - 168	193 - 198
168 - 169	198 - 205
169 - 170	193 - 198
170 - 171	198 - 205
171 - 172	193 - 198
172 - 173	198 - 205
173 - 174	193 - 198
174 - 175	198 - 205
175 - 176	193 - 198
176 - 177	198 - 205
177 - 178	193 - 198
178 - 179	198 - 205
179 - 180	193 - 198
180 - 181	198 - 205
181 - 182	193 - 198
182 - 183	198 - 205
183 - 184	193 - 198
184 - 185	198 - 205
185 - 186	193 - 198
186 - 187	198 - 205
187 - 188	193 - 198
188 - 189	198 - 205
189 - 190	193 - 198
190 - 191	198 - 205
191 - 192	193 - 198
192 - 193	198 - 205
193 - 194	193 - 198
194 - 195	198 - 205
195 - 196	193 - 198
196 - 197	198 - 205
197 - 198	193 - 198
198 - 199	198 - 205
199 - 200	193 - 198

# China telegraphiert nach Genf

## Gegen das falsche Gerücht von der Kriegserklärung

Genf, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Die chinesische Regierung hat am Montag in einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes die Presse mitteilen lassen, dass angeblich bevorstehende Kriegserklärungen an Japan aus der Luft gegriffen seien. China übe nur das Recht des souveränen Staates auf legitime Verteidigung aus, werde Japan nicht den Krieg erklären und habe die im Völkerbündnis, Kellogg-Pakt und Neumächtevertrag übernommenen Verpflichtungen trotz deren dauernder Verletzung durch Japan streng ein. In der chinesischen Delegation wird das falsche Reuters-Telegramm als bestellte Kriegsgeheiß bezeichnet.

Auf Anfrage des Generalsekretärs hat die Regierung der beteiligten Staaten ihre Teilnahme an der ausländischen Untersuchungskommission der Ratensität in Schanghai zugestimmt. Die europäischen Mitglieder der Untersuchungskommission, die auf Grund der Pariser Ratensitätung vom 10. Dezember begünstigt wurde, haben sich endlich geeinigt, am 3. Februar über Amerika nach der Mandchurie zu fahren. Inzwischen geben Chinesen und Japaner weiter wüthig widersprechende Darstellungen über die kriegerischen Ereignisse um Schanghai und in der Mandchurie.

# Geheimesumgebung für Hitler?

## Der ausländische Doppelagent kann nicht so leicht Reichsangehöriger werden

Die Meldung eines Berliner Monatsblattes, daß Hitler bereits die Staatsbürgerschaft in Braunschweig erworben hat, steht im Widerspruch zu der bisherige veröffentlichten Erklärung des braunschweigischen Ministerpräsidenten, daß ihm ein entsprechender Antrag Hitlers bisher nicht vorgelegen habe. Abgesehen davon sprechen gegen den Inhalt der Meldung zahlreiche juristische Bedenken, die u. a. aus einem Artikel des Ministerialrats in der Verfassungsbildung des Reichsinnenministeriums Dr. Kauffmann in der Montag-Abendausgabe der „Völkischen Zeitung“ hervorgehen.

Kauffmann schreibt u. a.: „Es ist der Gedanke erörtert worden, Adolf Hitler könnte von der braunschweigischen Regierung zum Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt werden, damit die braunschweigische Staatsangehörigkeit erwerben und so Deutscher werden. Zweifellos kann ein Ausländer aber ein Staatsbürger des deutschen Reiches nur werden, wenn er ein Reichsdoppelagent ist. Voraussetzung hierfür ist aber, daß es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingehalts sind nach bürgerlichem Recht nichtig. Wie das bürgerliche Rechtsleben von den Grundgesetzen von Treu und Glauben, der Nichtigkeit von Scheingehalts und nicht ernstlich gemeinten Willenserklärungen befreit wird, so müssen erst recht im öffentlichen Staatsleben die Grundgesetze der Ernstlichkeit und der politischen Nützlichkeit Geltung beanspruchen. Diese Grundgesetze haben auch in der deutschen Staatspraxis Anerkennung gefunden.“

... Der Grundlag der politischen Nützlichkeit gilt auch gegenüber Scheineinbürgerungen im Wege der Beamtenernennung. Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdiener zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zum Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen. Wie der Staatsrechtler Walter Jellinek in seinem „Verwaltungsrecht“ (3. Auflage Seite 152) zutreffend bemerkt, ist auch dem Staat die Geheimesumgebung verwehrt.

„Würde ein Land, um die den anderen Ländern zustehende Widerspruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer, statt ihn einzubürgern, zweis. Vereinerung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienste wirklich in Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint unwirksam sein.“

In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatslosen zum Beamten lediglich zum Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Amtsausübung auf dem Amt des Reichspräsidenten zu verschaffen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und unwirksam und dürfte auch vom Reichspräsidenten, der die Voraussetzungen für die Wählbarkeit eines Amtsträgers zum Reichspräsidenten zu prüfen hat, nicht beachtet werden.“

Der vordienende von Ministerialrat Dr. Kauffmann niedergelegte Standpunkt wird nach unseren Informationen auch von der Verfassungsabteilung des Reichsinnenministeriums vertreten.

# Preussischer Zentrumsstag

## Vorbereitung zu den Neubahlen

In Berlin tagte der erweiterte Vorstand der preussischen Zentrumsgruppe. Außer zahlreichen Delegierten aus Preußen nahmen an den Verhandlungen die Vorsitzenden der Reichsgruppen des Zentrums und zahlreiche preussische Abgeordnete teil. Das einleitende Referat über das Thema „Vier Jahre Staatspolitik in Preußen und vier Jahre Politik der preussischen Zentrumsfraktion“ hielt in Vertretung des wieder schwer erkrankten Dr. Hey der Wahlfahrtsminister Hirtfelder. Seine Rechtfertigung der preussischen Zentrumspolitik in den letzten vier Jahren, besonders aber seine scharfe Abrechnung mit den nationalsozialistischen Bandenhausgen fand in der siebenstündigen Debatte einmütige Billigung.

Hey selbst hatte einen Brief übermittelt, in dem er für die Zukunft folgende Zentrumsparole ausarbeitete: „Ich vertraue auf den guten alten Zentrumsgeist, der der preussischen Zentrumsgruppe in einer ständigen Geschichte in Fleisch und Blut übergegangen ist. Das Ziel unserer Zentrumspolitik ist die Zentrumspolitik als abstrakte preussische Unabhängigkeit nach allen Seiten hin. Mit dieser tatsächlichen Zielsetzung wollen wir in den Wahlkampf ziehen.“

Wahlfahrtsminister Hirtfelder begann sein Referat mit der Feststellung, daß der Preussische Landtag am 8. Mai neu gewählt werden wird. Er hielt dann einen Rückblick auf die letzten vier Jahre der Preussischen Politik. Wie immer, habe die republikanische Regierung Preußens auch in diesen vier Jahren eine stetige, nach besten Kräften aufbauende Politik getrieben. Dadurch habe Preußen wesentlich dazu beigetragen, daß die Dinge im Reich bisher einen ungehinderten Fortgang hätten nehmen

können. Vor allem habe Preußen in den letzten 13 Jahren eine besondere Mission auch insofern erfüllt, als es durch seine politische Stetigkeit eine Gewähr dafür gegeben habe, daß sich die Dinge im Inneren Deutschlands in Ruhe und Ordnung weiterentwickelt hätten und der Reichsregierung dadurch die Möglichkeit geschaffen worden sei, das Vertrauen zu Deutschland im Ausland wiederherzustellen. Hirtfelder schloß: Preußen habe eine der ersten Regierungen der Großen Koalition in Deutschland durch die Regierung Braun

zum Herbst 1921 bis Anfang 1925. Wir werden auch in Zukunft Reis bereit sein, mit jedem mitzuarbeiten, der mit uns ehrliche Koalitionspolitik machen will.“

Am Schluß der Veranstaltung stellte deren Vorsitzender fest, daß die Debatte ein einmütiges Vertrauensvotum für die preussische Zentrumsfraktion bedeute. Eine Entschließung wurde nicht angenommen.

# Die S.M. im Bordell

## „Politik“ in Köln

Köln, 1. Februar. (Eigenbericht.)

In großer Aufmachung berichtet das Kölner Nazi-Blatt am Montag von einem Ueberfall auf S.S.-Leute, die margittischen Mördergeheimen zum Opfer gefallen seien. In der Nacht zum Montag seien 5 Nationalsozialisten, als sie aus einem Restaurant in der Altstadt herauskommen seien, von einer großen Uebermacht überfallen und furchtbar zugerichtet worden. Ein S.S.-Mann habe einen furchtbarsten Schlag mit einer Eisenplatte auf den Kopf erhalten, daß er einen schweren Schädelbruch davongetragen habe. Außerdem habe er mehrere Stiche in die Hand erhalten. Ein anderer S.S.-Mann sei mit einem französischen Bajonet mit solcher Wucht in den Leib gestoßen worden, daß die Spitze des Mordinstruments auf der Brust wieder herausgetreten sei. Ein anderer Nazi sei durch Stiche schwer verletzt worden.

Was die Kölner Polizei dazu erklärt, ist das „Restaurant in der Altstadt“ ein Bordell. Die Nazis, darunter ein Chauffeur des Nachtclubs, haben hier eine diege gemacht und der Liebe gedenkt. Als sie nicht bezahlen, haben die Zubehörer der Dirnen den Anhängern des „Dritten Reiches“ handgreiflich klar gemacht, daß es Leben und Lieben in einem Bordell auch für Nazis nicht kostenlos

gibt. Sie haben die Nazis mit Bierflaschen und Messern bearbeitet. Der Ueberfall ist also eine Sauf- und Bordellangelegenheit mit nachfolgender Schlägerei. Dennoch macht die Nazipresse daraus einen Ueberfall durch Margittien.

In der vorigen Woche berichtete das Kölner Nazi-Blatt in Festschrift von einem „politischen Attentat auf den Völkischen Schauburg“ in Bonn. Ermittlungen haben ergeben, daß sich der Völkische im Oktober oder November vorigen Jahres auf einer Kundgebung zugetragen hat. Erst mehrere Monate später hat der Prinz den Völkischen in Siegburg mitgeteilt. Es handelt sich bei dem „Attentat“ um einen Steinwurf eines 30jährigen Jungen, den dieser aus purem Uebermut ausgeführt hat, wenn er damit zum „Selben des Attentats“ machte. Da aus dieses Wärdchen die Kunde durch die Nazipresse antreten wird, wollen wir es hiermit gleich in das richtige Licht stellen.

Der Führer der Nazi-„Arbeiterpartei“ weilt dieser Tage im Ruhrgebiet. Der Zweite seiner Reize war, die Herren Nationalisten um Geld anzuhaken. Wie es sich für den Führer der Nazi-„Arbeiterpartei“ geziemend, wohnte Hitler während seines Aufenthaltes zunächst in der Villa des Reaktionskirchens in Mülheim an der Ruhr.

# Lavals Vorverhandlungen

## Für französisch-englische Klärung der Reparationsfrage

Paris, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval hatte am Montagvormittag eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter in London, de Fleuriau, der eigens zu diesem Zweck nach Paris berufen worden war. Die Unterredung bezog sich auf die französisch-englischen Vorverhandlungen in der Reparationsfrage und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Laval und MacDonald, auf die Ereignisse in China und die Abrüstungskonferenz.

# Geheime Zollkontingente

## Die neuen außerordentlichen Zollmaßnahmen der Schweiz

Die außerordentlichen Zollmaßnahmen, zu denen die Schweizer Bundesregierung vom Parlament ermächtigt ist, werden jetzt von der Regierung veröffentlicht. Die neuen Bestimmungen treten am 5. Februar in Kraft.

Es werden, wie dies nach dem Verlauf der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen vorzuzusehen war, eine große Anzahl Zollkontingente eingeführt, durch die der Import aus Deutschland erheblich gefördert wird. Die Einfuhrkontingente sind geteilt und werden nur den interessierten Einfuhrfirmen mitgeteilt. Jede Einfuhr von Rohmaterial, für die Kontingente festgelegt sind, wird mit 10 hohen Zöllen befreit, doch eine Einfuhr über die Kontingente hinaus nahezu ausgeschlossen ist. Auch die Warenzufuhr in der Höhe der Kontingente wird sich künftig nicht im freien Verkehr vollziehen, sondern bedarf einer besonderen Einfuhrbewilligung. In erster Linie wird die Textil-, Holz- und Wollzufuhr, sowie der Schuppinimport aus Deutschland von diesen Maßnahmen betroffen. Mit der bereits erfolgten Rückbildung des Handelsvertrages durch die Schweiz fallen die vertragsmäßigen Zollermäßigungen für verschiedene deutsche Fertigerwaren, darunter hauptsächlich Schuhe und Baumaterial, künftig fort.

# Die Leoparden-Affäre

Gegen den Berliner Maler Hugo von Ditzgraben, dessen Leopard am Freitag voriger Woche das zweiährige Portierstädchen Gertrude Schories zerlegt hat, wird voraustrichtlich Anklage wegen schändlicher Tötung erhoben werden. Der Jagdbesitz gegen den Maler ist inzwischen aufgehoben worden; es besteht kein Fluchtverdacht. Da der Leopard am Sonnabend von der Polizei erschossen worden ist, beschuldigt von Ditzgraben, den Fiskus zu verlasten, das Tier, das er wiederholt zu Fühmaßnahmen vermieht hatte, war nach seinen Angaben seine hauptsächlichste Einnahmequelle. Auch ein Berliner Schaubundbesitzer, der das Tier unmittelbar nach seiner betäublichen Tat erworben und in geschmackvoller Weise auf einem Stummelplatz zur Schau gestellt hatte, will Schadenersatzansprüche geltend machen.

# Die hohen Rundfunkgebühren

## Die Sozialdemokratie tritt für Senkung ein

Unter den Rundfunkhören wächst das Verlangen nach Senkung der hohen Gebühren.

Der Arbeiteradhibend, aber auch bürgerliche Radioorganisationen und Radiozeitungen verlangen von der Reichspost, daß die Senkung der Gebühren in nächster Zeit vorgenommen werde. Die Sozialdemokratie unterstützt diese Wünsche. Bereits in der Verwaltungsratsung der Reichspost Anfang Januar haben die beiden sozialdemokratischen Vertreter, die Abgeordneten Banier und Dr. Herz, den Antrag auf Senkung der Gebühren gestellt. Da der Widerstand überaus groß war, glaubten sie durch den Vorschlag der sehr geringen zehnjährigen Senkung von 2 Mark auf 1,50 Mark pro Monat eine erste Bruchschlagen zu können. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und erlitt damit das gleiche Schicksal, das der rein agitatorisch gemeinte Antrag der Kommunisten und Nazis auf Herabsetzung der Gebühren auf 1 Mark gehabt hat.

Die Ablehnung wurde von der Reichspostverwaltung mit sachlichen und hauptpolitischen Erwägungen begründet. Außerdem aber auch mit finanziellen Erwägungen. Für die Senkung der Postgebühren standen nur 125 Millionen Mark zur Verfügung. Es wurden aufgebracht für die dringenden notwendigen Anpassung der Postgebühren an die ermäßigten Erpreßgebühren der Reichsbahn und für die Senkung des Fernpostes auf 12 Pf. bei Briefen und 6 Pf. bei Karten.

Unter diesen Umständen konnte die Senkung der Rundfunkgebühren jetzt nicht durchgeführt werden. Es muß aber die nächste dringende Aufgabe sein, ihm diesem Verlangen den nötigen Nachdruck zu verschaffen, werden sich in der nächsten Zeit der Vorstand des Arbeiteradhibend und die freie Rundfunkzentrale damit beschäftigen, auf welchen Wegen am besten die Senkung der Rundfunkgebühren erreicht werden kann.

# Gefährlicher Wirtschaftsradikalismus

## Allgäuer Bauern verweigern öffentliche Zahlungen

München, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Unter Führung des Bayerischen Bauernbundes haben sich in Buxtehude 2000 Allgäuer Bauern zu einem gefährlichen Wirtschaftsradikalismus zum mangellos. Sie empfen der bayerischen Landwirtschaft folgende Selbstschutzmahnahmen:

Das wenige heute noch anfallende Bargeld ist in erster Linie zur Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlichen Betriebes zu verwenden. Es sind also zu bezahlen Dienstloshöhen, notwendige Lebensmittel, landwirtschaftliche Verfertigungen, fällige Zinsen, Handwerkerrechnungen und die Pachtzinsungen. Für elektrischen Strom wird ab 1. Februar nur noch 20 Pfennig für Kraft und 40 Pfennig für Licht bezahlt; Zählermeter wird verweigert. Erst nach Abtragung dieser Kosten sind die Steuern in Bargeld zu zahlen, selbst solches, dann sind dafür Naturalien zur Verfügung zu stellen. Von der Reichsregierung und der Landesregierung wird eine völlige Neueinstellung der Landwirtschaft ab 1. Februar 1932 verlangt.

# Die Schadenersatzklage Nordwest

## Zustellung des Urteils vom Landesarbeitsgericht Berlin

Das vom Landesarbeitsgericht Berlin am 5. Dezember 1931 veränderte Urteil in dem Schadenersatzprozess des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe gegen den Deutschen Metallarbeiterverband ist nunmehr den Parteien zugegangen. Die nordwestliche Gruppe verlangt vom D.M.V. Schadenersatz, weil er im Juli 1930 bei Arbeitsstreik, die aus der Durchführung des Deutscher Metallarbeiterverbandes entstanden, seine Mitglieder unterstellt habe. Nordwest erstreckt in dieser Unterstellung eine Verletzung des Tarifvertrages. Das Arbeitsgericht hatte der Schadenersatzklage stattgegeben. Das Landesarbeitsgericht hatte das Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen.

Über, das dieser dem Deutschen Metallarbeiterverband bereits vor dem in Frage kommenden Nordweststreik in einem gleichgelagerten Fall erstattet hat. D. Red.) Der Deutsche Metallarbeiterverband habe bei der Unterlegung seiner Mitglieder und in der Durchführung des Arbeitskampfes die ihm tariflich zugehörigen Grenzen nicht überschritten. Insbesondere gebe zu Vollen des Arbeitgebers daß er Beschäftigtenverhandlungen, die vom Betriebsratsrat angeordnet wurden, durch Durchführung des Arbeitskampfes infolge Aufstellung weiterer Bedingungen unmöglich machte.

Da die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes von der in Frage kommenden Essener Firma getätigt waren, so handelt es sich nach der Auffassung des Landesarbeitsgerichts nicht um einen Streik, sondern um eine Usurpation. Der D.M.V. sei berechtigt gewesen, seine ausgesperrten Mitglieder in diesem Kampfe zu unterstützen, da es sich nicht um einen Angriff auf den Tarifvertrag, sondern um die Verteidigung aufrichtiger, rein arbeitsvertraglich gewandter Zulagen gehandelt habe. (Hier stimmt das Landesarbeitsgericht mit einem Gutachten von Professor Ripperdey

Die vom Deutschen Metallarbeiterverband gegen Nordwest auf Grund mehrerer reichsarbeitsgerichtlicher Entscheidungen zur Auslegung der Arbeitsbestimmungen des Tarifvertrages für die nordwestliche Gruppe erhobene Widerklage hält das Arbeitsgericht für nicht berechtigt und weist sie daher gleichfalls ab. Der Arbeitgeber könne eine Veränderung des Arbeitsabwornehmen, indem er den Arbeitsvertrag kündige; so sei es im vorliegenden Falle geschehen. Wir vom Deutschen Metallarbeiterverband hören, ist über die Frage, ob gegen dieses Urteil weitere Rechtsmittel ergreifen werden, zur Zeit noch keine Entscheidung gefallen. Es wird mit der Möglichkeit einer Beilegung des Rechtsstreits gerechnet.